

bTb bTb bTb brasilien Taschenbuch bTb bTb bTb

**Brüderlichkeit ja - Gewalt nein**

*bTb 1 (Brasilientaschenbuch). 71 Seiten. 6,80 DM. 1983. ISBN 3-88559-020-4*  
Das Problem der Gewalt wird im Hirtenwort der brasilianischen Bischofskonferenz ausführlich analysiert, in einer Darstellung aus der Bannmeile Rios exemplarisch veranschaulicht und im Beitrag „Land ja - Gewalt nein!“ auf die Landproblematik indianischer Völker übertragen.

**Die Versicherungswirtschaft in Brasilien**

*von V. Popovic. bTb 2. 44 Seiten. 5,80 DM. 1983. ISBN 3-88559-021-2*  
Die durch eine Reihe von Schaubildern gestaltete Darstellung will eine Übersicht über die Privatversicherungen in Brasilien liefern. Dabei wird aber gleichzeitig ein Einblick in das gesamte brasilianische Versicherungssystem geboten.

**Brasilien, wie wir es erfahren haben**

*Tagebuchnotizen von St. Reinders, F.Th. Sonka und H.D. Benning. bTb 3. 106 Seiten. 6,80 DM. 1983. ISBN 3-88559-022-0*  
Drei junge Deutsche, die von einer erneuerten Kirche in Brasilien gehört hatten, haben sich selbst von der Vitalität und dem Engagement dieser Kirche an der Basis überzeugt.

**Entwicklungen im ländlichen Nordosten Brasiliens - Die Mikroregion Sobral**

*von M. Plesch. bTb 4. 77 Seiten. 6,80 DM. 1983. ISBN 3-88559-023-9*  
In einer genauen Analyse eines Teitraumes, nämlich der Mikroregion Sobral im Staat Ceara, zeigt der Geograph Plesch bestehende Elemente und Möglichkeiten angepaßter Entwicklung eines ländlichen semiariden Raumes auf. Umfangreiches Kartenmaterial ist beigelegt.

**Befreiung vor Ort - Das Bild einer Kirche: Crateus**

*v. D. Antonio Batista Fragoso. bTb 6. 180 Seiten. ISBN 3-88559-026-3*  
Ein Bischof berichtet von seiner konsequenten Umsetzung der Option für die Armen in eine befreiende Pastoral. Ein unbändiger und ungeduldiger Traum, eine lebendige Hoffnung einer befreiten Ortskirche im Dienst an den Unterdrückten!



**brasilienkunde verlag gmbh**

D-4532 Mettingen · Postfach 1220

bTb bTb bTb brasilien Taschenbuch bTb bTb bTb

im Buchhandel oder bei:  
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN - Vertrieb  
Gneisenastr. 2  
1000 Berlin 61

# LATEINAMERIKA nachrichten

14. JAHRGANG DER

CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Mai 1987

DM 4,50

# 159



**»Geht nach Hause und küßt Eure Kinder!«**

**Aus dem Inhalt:**

**ARGENTINIEN:** Militärrevolte / **CHILE:** »Das Land wird nicht mehr dasselbe sein ...« **BRASILIEN:** Agrarreform / **EL SALVADOR:** »Wir werden in unsere Dörfer zurückkehren« / **GUATEMALA:** Vinicio Cerzos »aktive Neutralität«

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>Editorial</b> .....	3
— ARGENTINIEN: Militärrevolte .....	5
Der Peronist Alfonsins .....	9
»Der Mann aus Metall« .....	13
— BRASILIEN: Agrarreform – kein Land in Sicht .....	15
Javari: Alte Indianerpolitik in der »neuen« Republik .....	23
— CHILE: »Das Land wird nicht mehr dasselbe sein ...« .....	27
LA EPOCA – eine neue Stimme der Opposition .....	32
Hungerstreik nach Teilerfolg beendet .....	34
— BOLIVIEN: Wessen Not Weizensäcker lindert .....	35
— EL SALVADOR: »Wir werden in unsere Dörfer zurückkehren« .....	40
L. Leserbrief: »Waffen für El Salvador?!« .....	51
— GUATEMALE: Vinicio Cerezos »aktive Neutralität« .....	56
— SOLIDARITÄT: Posthume Ehrung für José Carrasco .....	62
— KULTUR: Berlinale-Nachlese .....	63
— REZENSION: Es ist dunkel – aber ich singe .....	68
— ZEITSCHRIFTENSCHAU .....	69
— EINGEGANGENE BÜCHER .....	71
— TERMINE .....	72

Impressum  
**LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 159**  
 Mai 1987  
 Jahrgang 14 der CHILE-NACHRICHTEN  
 erscheint monatlich  
 (mindestens 11 Nummern pro Jahr)  
**ISSN 0174 - 6342**

Redaktion: Redaktionskollektiv  
 V.i.S.d.P.: Christian Klemke  
 Druck: Movimento, Berlin-West  
 Redaktionsschluß: 23. April 1987

Abo-Preise:  
 Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-  
 Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährweise berechnet, angetragene Jahre anteilmäßig. Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83 - 103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:  
 LATEINAMERIKA NACHRICHTEN  
 im Mehringhof  
 Gneisenaustraße 2  
 1000 Berlin 61  
 Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1.3.1985

**EIGENTUMSVORBEHALT**  
 Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

## Editorial

Am 16. März dieses Jahres fällt das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentags eine wahrhaft historische Entscheidung: es kündigte die Konten bei der Deutschen Bank. Im Vorfeld des im Juni in Frankfurt stattfindenden Kirchentages hatte es innerhalb der evangelischen Kirche monatelang Auseinandersetzungen um diesen Schritt gegeben. Insbesondere die Mitglieder des sogenannten Kirchentags gegen Apartheid hatten auf diese eher symbolische als ökonomisch relevante Maßnahme gedrängt, um so auf die aktive Unterstützung des rassistischen Regimes in Südafrika durch diese und andere deutsche Banken hinzuweisen. Trotz einer zumindest verbalen grundsätzlichen Ablehnung der Apartheid-Politik weigerten sich die Banken, den Worten Taten folgen zu lassen – schließlich standen ja wichtigere Dinge auf dem Spiel als ein paar gefoltete oder ermordete Schwarze, nämlich Umschuldungsverhandlungen und die weitere Sicherung regelmäßiger Zinseinnahmen. Die Begründung des Vorstands der Deutschen Bank für den Verzicht auf politischen und moralischen Druck auf das Botha-Regime ist sehr vielsagend: "Es ist mit der Einstellung der Bank nicht vereinbar, ihre Aktivitäten im positiven oder negativen Sinne für politische Zwecke einzusetzen (FR, 22.1.87)." Die (versuchte) Beihilfe zum Sturz einer (linken) Regierung durch eine plötzliche restriktive Kreditpolitik wie im Falle Chiles oder Nicaraguas verfolgt selbstverständlich keinen politischen Zweck – es geht ja "nur" um die Sicherung eigener Interessen.

In einem Schreiben der Deutschen Bank an den Evangelischen Kirchentag heißt es: "Politische Forderungen – wie von Ihnen aufgestellt – können allerdings nicht in die Umschuldungsverhandlungen, gleichgültig mit welchem Lande, als Vorbedingung eingebracht werden". Als ob eine immer weitergehende Einschränkung des Inlandskonsums mit ihren fatalen Folgen gerade für die ärmeren Bevölkerungsschichten keine politische Forderung wäre. Daß auch Leser der Lateinamerika Nachrichten ein Konto bei der Deutschen Bank haben, fiel uns erst nach der Lektüre dieses Zitats auf.

Von dem Besuch des Papstes in Chile hatten sich manche Vertreter der Opposition eine wesentliche Veränderung der Kräfteverhältnisse erwartet. Zur Entstabilisierung des Pinochet-Regimes hat er offensichtlich nichts Entscheidendes getan. Aber nicht einmal zur Stabilisierung der Demokratie in Argentinien hat der Chef der römischen Kirche mit seinem Besuch dort viel beigetragen. Nur mit Mühe konnte er dazu gebracht werden, die Frage der Menschenrechte auch nur zu erwähnen. Wen wundert es da, daß sich die Folterer von gestern in diesem streng katholischen Land ermuntert fühlen konnten, im Sinne der angemahnten "Aussöhnung" eine Aussetzung ihrer Prozesse zu fordern und damit die Regierung des Präsidenten Alfonsín ins Wanken zu bringen?

Aber Demokratie ist ohnehin nicht das Anliegen dieses Papstes, der jetzt auch die Bundesrepublik besuchen wird. Die jüngsten Personalentscheidungen des Vatikans sprechen eine deutliche Sprache. Zum Vorsitzenden des Rates der lateinamerikanischen Bischöfe wurde erneut ein kolumbianischer Gegner der Theologie der Befreiung ernannt, Don Carlo Darío Castrillon Hoyos, der Bischof von Pereira.

Noch eindeutiger ist die Mißachtung des Willens des Kirchenvolkes in Wien zu spüren, wo einstmals der "rote" Kardinal König den Ton angab. Gegen langanhaltende Proteste der großen Mehrzahl der Katholiken wurde dort der erzreaktionäre Theologe Kurt Kremm von der Universität Regensburg zum Weihbischof ernannt. Unterordnung unter die Autorität der Hierarchie ist in Rom gefragt. Demokratie interessiert da nur am Rande.

## ARGENTINIEN

Nach den traditionellen Sommerferien begann in Argentinien sofort wieder die heiße politische Phase. Der Rücktritt des Arbeitsministers führte zu der überraschenden Ernennung eines peronistischen Gewerkschafters zu seinem Nachfolger. Der Papst besuchte das Land, und kaum war er abgeflogen, meuterten Offiziere gegen die Strafverfolgung der Verbrechen der Militärdiktatur.

Mit dem neuen Arbeitsminister deutet sich der Versuch eines wirtschaftlichen Sozialpakt zwischen Regierung und Gewerkschaften an, der die Konfrontationspolitik der Gewerkschaftsführung beenden soll. Auch politisch steuerte die Regierung auf einen breiteren Konsens zur Verteidigung der Demokratie hin, nachdem in den Sommermonaten mehrere Bombenattentate rechter Terrorgruppen wieder einmal deutlich gemacht hatten, daß die Vergangenheit noch gar nicht vergangen ist. Die oppositionellen Peronisten reagierten auf diese Attentate mit einer Anzeige in der Tageszeitung *El Clarín*, in der sie die Regierung ihre Unterstützung anboten. Diese Bereitschaft zur Gemeinsamkeit in zentralen politischen Fragen wurde dann auch schnell auf eine harte Bewährungsprobe gestellt - durch die Offiziersmeuterei in der Karwoche. Obwohl die Demokratie diesen Konflikt bestand, ist deutlich geworden, daß das argentinische Militär weiterhin eine Gefährdung des demokratischen Systems darstellt.

### Militärrevolte

Vier Tage lang hielten bis Ostersonntag meuternde Offiziere Garnisonen besetzt. Die Meuterei konnte friedlich beendet werden. Ist umstandslos von einem Sieg der Demokratie zu reden? (Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Artikels haben wir noch keine schriftlichen Nachrichten aus Argentinien erhalten. Wir sind deshalb im folgenden auf die Berichte in Tageszeitungen sowie den Radio- und Fernsehnachrichten angewiesen.)

Ausgelöst wurde die Meuterei von Oberst Ernesto Barreiro, der sich weigerte, einer Vorladung vor ein Zivilgericht Folge zu leisten. Barreira werden schwere Verbrechen - Folter und Mord - in dem unter der Diktatur zeitweise von ihm geleiteten Folterzentrum "La Perla" in Córdoba zur Last gelegt. Er verbarrikadiert sich in einem Offizierkasino mit etlichen Gesinnungsgenossen.

Präsident Alfonsín, der seinen Osterurlaub abbrechen muß, ruft die Parteien und gesellschaftlichen Verbände zur Unterstützung der Demokratie auf. Die Opposition stellt sich geschlossen hinter die Regierung. Gleichzeitig kommt es in allen Teilen des Landes zu Protestdemonstrationen gegen die Meuterei.

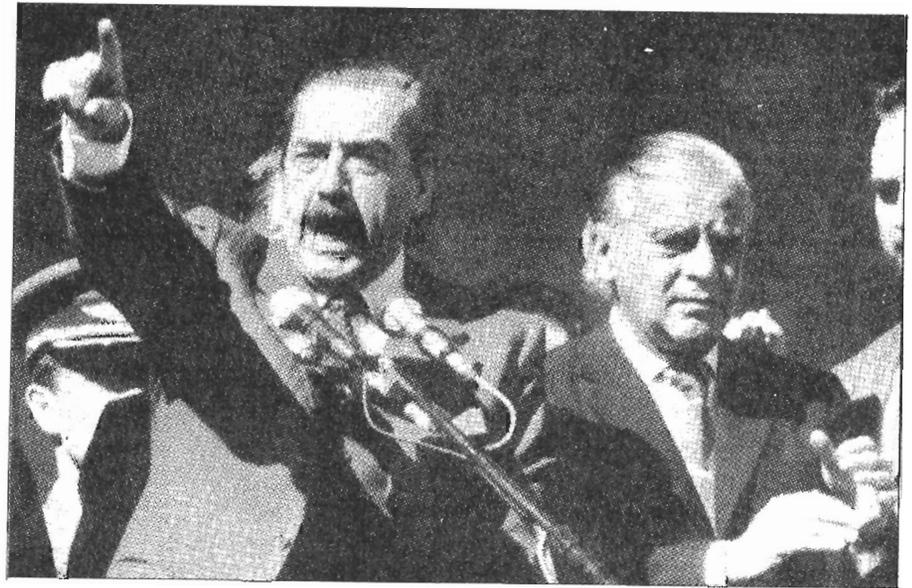
In der Zwischenzeit haben sich auch Offiziere der Garnison Campo de Mayo bei Buenos Aires der Revolte angeschlossen und halten dort Gebäude besetzt. In Pressekonferenzen nennen sie als Forderungen ebenfalls eine Generalamnestie, das Ende aller Prozesse und den Rücktritt des Stabschefs, der sich während seiner Amtszeit immer als loyaler, verfassungstreuer Offizier dargestellt hat.

Die Regierung erwägt, die besetzten Kasernen von Militär stürmen zu lassen, beordert Truppen unter General Alais zum Campo de Mayo. Doch deren Ankunft verzögert sich über Gebühr und es wird deutlich, daß zwar die Mehrheit der Streitkräfte nicht an der Meuterei beteiligt ist, aber deshalb noch lange nicht bereit, die meuternden Kameraden anzugreifen. Aus mittleren Offiziersrängen wird von Befehlsverweigerungen berichtet.

Während die Demonstrationen weitergehen, verkündet am Ostersonntag schließlich Alfonsín in einer kurzen dramatischen Ansprache, er werde jetzt persönlich mit den Meuterern des Campo de Mayo verhandeln; die Rebellen in Córdoba haben zu diesem Zeitpunkt bereits aufgegeben. Nach einem mehrstündigen Gespräch verkündet der Präsident wiederum auf der Plaza de Mayo das Ende der Revolte. Es seien keine Zugeständnisse gemacht worden, die Meuterer würden vor Gericht gestellt werden. Aber: bald darauf wird die Nachricht bekannt, daß General Rios Ereñú von seinem Amt als Generalstabschef zurückgetreten ist - auf eigenen Wunsch, wie es heißt.

Die Bevölkerung von Argentinien feiert begeistert diesen Sieg der Demokratie. Zum ersten mal in der Geschichte des Landes haben sich angesichts einer Rebellion in den Streitkräften alle gesellschaftlichen Gruppen geschlossen hinter die Regierung gestellt. Sie unterzeichneten gemeinsam einen Pakt zur Verteidigung der Demokratie; die Madres der Plaza de Mayo unterschrieben nicht. Es ist uns unklar, ob sie nicht gefragt wurden, oder ob sie wegen ihrer Kritik am "punto final", der Begrenzung der Strafverfolgung der unter der Diktatur begangenen Verbrechen, sich nicht beteiligten. Deutlich wurde die breite Unterstützung über Parteigrenzen hinaus durch die Aufrufe des oppositionellen Gewerkschaftsverbandes CGT und der peronistischen Justizialistischen Partei. Bei Alfonsíns Ansprache auf der Plaza de Mayo stand demonstrativ der Chef der Peronisten, Antonio Cafiero - derzeit wichtigster Gegenspieler Alfonsíns - neben dem Präsidenten.

Aber bei aller berechtigten Freude über die Beendigung der Revolte bleiben schwerwiegende Fragen. Und die betreffen die Haltung des Militärs. Die Streitkräfte haben - auch wenn die oberste Führungsspitze sich immer wieder loyal erklärte - sehr deutlich gemacht, daß sie von Anfang an gegen jede Verfolgung der Menschenrechtsverletzungen waren. Schon der Prozeß gegen die neun Junta-Kommandanten rief heftige Auseinandersetzungen im Militär hervor. Die Ausweitung der Prozesse auf andere Offiziere verstärkte diesen Protest. Mit der Konstruktion des "punto final" (vgl. LN 155



*Präsident Alfonsín am Ostersonntag auf der Plaza de Mayo  
rechts neben ihm: Antonio Cafiero*

und 156) versuchte die Regierung, die Zahl der weiteren Prozesse zu begrenzen. Aber statt der erwarteten wenigen Anklagen brachten die zivilen Gerichte - sie suspendierten die sommerlichen Justizferien - 216 Anklageerhebungen zustande. Die Madres der Plaza de Mayo empfinden diese Zahl angesichts der Zahl der Verbrechen als lächerlich.

Gegen die gesamte Strafverfolgung machte die Rechte mobil. Nicht nur Erklärungen seitens des Militärs, die immer wieder den "schmutzigen Krieg gegen die Subversion" rechtfertigten waren an der Tagesordnung. Während der Sommermonate kam es immer wieder zu Attentaten gegen linke Parteien, auf den Präsidenten des Bundesgerichts und zu einem Sprengstoffanschlag auf den Sitz des Oberbefehlshabers des Heeres. Auch ideologisch machte die Rechte mobil: die "Angehörigen der von der Subversion Ermordeten" FAMUS veranstalteten immer wieder Messen und forderten die Wiederherstellung der Ehre der Streitkräfte und ein Ende der Prozesse.

Entgegen den ersten Erklärungen, es habe keine Zugeständnisse an die Meuterer gegeben, deuten die letzten Nachrichten (die wir bis zum 22.4. erhalten haben) darauf hin, daß Alfonsín den rebellischen Offizieren Zusagen gemacht hat, oder daß die Regierung nun auch ohne formelle Versprechen noch stärker als bisher auf die politischen Forderungen der Streitkräfte eingeht. Erstes Anzeichen dafür war der Rücktritt von Generalstabschef Rios Ereñú, der von den Meuterern gefordert worden war.

Zusätzlich hat nun das Oberste Gericht - ebenso wie zuvor ein Gericht in Córdoba - beschlossen, einen Menschenrechtsprozeß auszusetzen. Dabei geht es um Anklagen gegen hohe Marineoffiziere, die wegen schwerer Verbrechen in der berüchtigten Marineschule ESMA angeklagt sind.

Entscheidend für den weiteren Verlauf der Prozesse wird nun eine Entscheidung des Obersten Gerichts werden. Dabei geht es um die Frage, ob untergebene Offiziere mit der Konstruktion des "Befehlsnotstands" nicht wegen Menschenrechtsverbrechen verfolgt werden können. Dies ist allerdings letztlich weniger eine juristische als eine politische Entscheidung, und es ist noch unsicher, ob das Oberste Gericht tatsächlich einen Spruch fällen oder eine Entscheidung des Parlaments fordern wird. Schon 1983 hatte sich Präsident Alfonsín dafür ausgesprochen, die Beschuldigten in drei Kategorien einzuteilen: Diejenigen, die die Befehle zu den Verbrechen gegeben haben, diejenigen die sie ausführten und dabei "Exzesse" begingen und diejenigen, die "nur" Befehlen gehorchten. Bisher ist vollkommen ungeklärt, wie solche Unterscheidungen getroffen werden können.

Als Nachfolger von Generalstabschef Rios Ereñú wurde der bisherige Generalinspekteur des Heeres, General José Segundo Caridi ernannt. Diesem Offizier werden von den Menschenrechtsorganisationen Verbrechen während der Militärdiktatur vorgeworfen. Er muß sich im Juni vor einem Zivilgericht deswegen verantworten und steht auf der Liste der Offiziere, die - so eine Forderung der Menschenrechtsorganisationen - nicht befördert werden sollen, weil der starke Verdacht besteht, daß sie an Verletzungen der Menschenrechte beteiligt waren.

Dies macht ein Dilemma der Regierung deutlich: Angesichts des Ausmaßes der Repression und der sehr weitgehenden Verwicklung aller Teile der Streitkräfte in die Verfolgung und Ermordung Unschuldiger dürfte es sehr schwer sein, unter den Offizieren, die derzeit zur Beförderung anstehen, solche zu finden, die kein Blut an den Händen haben. Und damit ist auch klar, daß sich die Streitkräfte auch weiterhin gegen die Aufklärung ihrer Verbrechen wehren und versuchen werden, den Handlungsspielraum von Regierung und Justiz einzuschränken.

Während in der zivilen Gesellschaft die rechten Gruppen, die heute noch die Diktatur verteidigen, sicher eine Minderheit darstellen, sieht dies im Militär anders aus. Die Streitkräfte verstehen sich weiterhin als "Staat im Staat" und bilden eine Gefahr für das demokratische System Argentiniens. Die Gratwanderung der Regierung liegt darin, den Militärs einerseits Zugeständnisse zu machen, um keine Putschgefahr heraufzubeschwören, andererseits aber damit die reaktionäre Haltung der Streitkräfte zu stärken.

Die Reaktion der gesellschaftlichen Gruppen auf die Meuterei hat deutlich gemacht, daß die Regierung auf eine breite Unterstützung für Verteidigung der Demokratie zählen kann. Nun stellt sich aber

die Frage, wie weit sie bereit ist, auf eine politische Mobilisierung der Bevölkerung zu setzen. Denn die kan dauerhaft nicht funktionieren, wenn es auf wirtschaftspolitischen Gebiet zu einer weiteren Verschärfung der sozialen Lage der Mehrheit der Bevölkerung kommt.

## Der Peronist Alfonsín

*Präsident Raúl Alfonsín ist nach wie vor für Überraschungen jeder Art gut; die letzte präsentierte er Ende März einer verblüfften argentinischen Öffentlichkeit: Nachfolger des zurückgetretenen Arbeitsministers Hugo Barrionueva wurde der orthodox peronistische Gewerkschafter Carlos Alderete. Wahltaktisches Mnöver oder Versuch eines Paktes zwischen Regierung und oppositionellen Gewerkschaften?*

Am 31. März dieses Jahres übernahm der rechtsperonistische Generalsekretär der Elektrizitätsgewerkschaft Luz y Fuerza, Carlos Alderete, das Amt des Arbeitsministers in der Regierung von Raúl Alfonsín. Vorausgegangen war der Rücktritt des bisherigen Ministers Hugo Barrionueva, der ebenfalls aus der Gewerkschaftsbewegung kam. Anlaß für seinen Rücktritt war die Tatsache, daß die Regierung den Tarifabschluß der Metallgewerkschaft UOM akzeptiert hatte: Er lag weit über den regierungsoffiziellen - und von Barrionueva gegen die Gewerkschaften verteidigten - Lohnleitlinien.

Das Arbeitsministerium ist die zentrale Verbindungsstelle zwischen Regierung und organisierter Arbeiterklasse. Es hat wichtige Funktionen, die die gewerkschaftliche Praxis betreffen: So muß beispielsweise eine Gewerkschaft vom Arbeitsministerium als repräsentativ anerkannt werden, um das Recht auf Tarifverhandlungen zu haben. Zudem hat das Ministerium in bestimmten Fällen das Recht, eine Gewerkschaft zu intervenieren, d.h. unter staatskommissarische Aufsicht zu stellen (was beispielsweise die Militärdiktatur - 1976 bis 1983 - ausnutzte, um die Gewerkschaften an die staatliche Leine zu legen). Der Posten des Arbeitsministers ist ein echter Schleudersitz: Er soll einerseits die sozialen Belange der Arbeiter innerhalb der Regierung vertreten, andererseits ist es seine Aufgabe, die Wirtschaftspolitik der Regierung gegenüber den Arbeiterorganisationen durchzusetzen.

Das Arbeitsministerium steht derzeit auch deshalb im Mittelpunkt gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, weil es bei einer Reihe anstehender gesetzlicher Regelungen federführend ist: Dabei geht es um die Zukunft der gewerkschaftlichen Sozialwerke (obras sociales), die von der Militärdiktatur den Gewerkschaften enteignet worden waren und deren bedingungslose Rückgabe die Gewerkschaften fordern, während die Regierung die Sozialwerke in ein Netz staatlicher Sozialversicherung und Fürsorge umwandeln möchte. Gleich-

zeitig steht die Reformierung des von der Diktatur erlassenen und von den Gewerkschaften heftig bekämpften Gewerkschaftsverfassungsgesetzes (ley de asociaciones profesionales) an, das richtungsweisend für die zukünftige interne Organisation der Arbeiterbewegung sein wird.

Als Hugo Barrionueva zurücktrat, verhandelte die Regierung zunächst mit dem Generalsekretär der einflußreichen Mechanikergewerkschaft SMATA, José Rodríguez. Nach Rücksprache mit Gewerkschaftskollegen und seinen peronistischen Parteifreunden lehnte er das Amt ab: Angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes um die Provinz Buenos Aires wäre die Übernahme eines Ministeramtes durch einen der führenden Vertreter der peronistischen Renovadores (Erneuerer) wohl doch ein zu großes Problem für den peronistischen Gouverneurskandidaten Antonio Cafiero geworden.

Dann aber gelang es der Regierung, den Generalsekretär von Luz y Fuerza für dieses Amt zu gewinnen. Dahinter stehen Verhandlungen zwischen der Regierung und der neuen Gewerkschaftsgruppierung "Comisión de los 15" (benannt nach der Zahl der Gewerkschaften, die die erste Erklärung dieser Gruppierung unterzeichnet haben).



*Der neue Arbeitsminister Carlos Alderete*

Dieser Gruppe gehören vor allem große Gewerkschaften des Industriesektors an, die sich unter Führung des Chefs der Gewerkschaft der Plastikindustrie, Jorge Triaca, gegen die Konfrontationspolitik von CGT-Generalsekretär Saúl Ubaldini wenden. Sie fordern Zusammenarbeit mit Regierung und Unternehmern, da die

Streikpolitik der CGT (acht Generalstreiks in drei Jahren) keinerlei Erfolge gebracht habe. Von Triaca stammt der Satz: "Die argentinischen Arbeiter haben für den Kapitalismus optiert." Triaca ist einer der führenden Politiker des rechten Flügels der peronistischen Justizialistischen Partei; er wurde 1985 als Abgeordneter auf der Liste des peronistischen Rechtsaußen, Herminio Iglesias, ins Parlament gewählt. Unterstützt wird diese Gruppierung auch von dem berüchtigten Generalsekretär der Metallgewerkschaft UOM, Lorenzo Miguel, der zugleich der Chef der "Gruppe der 62" ist, des extrem rechten Flügels der peronistischen Gewerkschaftsbewegung.

Der neue Arbeitsminister Carlos Alderete gehörte bereits während der Militärdiktatur der Führung der Gewerkschaft Luz y Fuerza an, die er - gemeinsam mit einem Militärinterventor - verwaltete und auf einen Verhandlungskurs mit den Diktatoren festlegte. Luz y Fuerza hat eine lange Geschichte enger Beziehungen zu diktatorischen Regierungen. Ihre damalige Führungsgruppe gilt als eine der Initiatorinnen des Militärputschs von Onganía gegen die (in eingeschränkten Wahlen - bei Verbot der peronistischen Partei) gewählte Regierung Arturo Illía im Jahre 1966. Alderete zählt zum rechten Flügel des Peronismus. Er hat sehr enge Verbindungen zum reaktionären argentinischen Episkopat und ist ein Freund von Kardinal Primatesta (der sich vor allem durch sein Schweigen zu den Menschenrechtsverletzungen der Diktatur hervortat). Alderete vertritt eine sogenannte "christliche und humanistische" Gewerkschaftsbewegung, die sich scharf von allem abgrenzt, was irgendwie "links" sein könnte.

Die ersten Reaktionen auf die Ernennung von Carlos Alderete bei der CGT-Führung und den peronistischen Renovadores waren ausgesprochen zurückhaltend. Antonio Cafiero, Kandidat für den Gouverneursposten von Buenos Aires, mochte sich gar nicht äußern. CGT-Chef Ubaldini hob das Gewerkschaftsengagement Alderetes hervor und drückte die Hoffnung aus, der neue Minister werde die Belange der Arbeiter konsequent vertreten.

Für Ubaldini bedeutet diese Ernennung eine Komplikation: Schon die Plattform der "15" hat deutlich gemacht, daß seine Politik in der Gewerkschaftsbewegung alles andere als unumstritten ist. Nun muß er damit rechnen, daß die verhandlungsbereiten Sektoren Oberhand gewinnen werden - vor allem wenn es dem Arbeitsminister gelingt, einige Gewerkschaftsforderungen durchzusetzen.

Die zentralen Forderungen des Arbeitsministers sind:

- Inflationausgleich für die hinter dem Kaufkraftverfall hinterherhinkenden Löhne.
- Reform des von der Diktatur erlassenen Gewerkschaftsverfassungsgesetzes.
- Rückgabe der Sozialwerke mit ihrem Milliardenvermögen an die Gewerkschaften. Hier deutet sich bereits ein Kompromiß an: Möglicherweise werden die Gewerkschaften die Verwaltung der obras so-

ciales zurückerkennen, die dann aber der Oberaufsicht einer nationalen staatlichen Behörde (INOS) unterstellt werden sollen. Als möglicher Vorsitzender wird der Gewerkschaftsboss José Rodríguez gehandelt.

Der Schachzug Alfonsíns, einen peronistischen Gewerkschafter zum Arbeitsminister zu berufen, traf auch bei seiner eigenen Partei, der UCR, nicht auf ungeteilte Begeisterung. Entsetzt kommentierte ein radikaler Abgeordneter: "Ein goj (jüdische Bezeichnung für Christen) in der Synagoge der Radikalen." Aber die Strategie der Regierung geht über rein wahltaktische Überlegungen hinaus; sie zielt auf ein Übereinkommen in der Wirtschaftspolitik mit wichtigen Sektoren der Gewerkschaftsbewegung. "Die Absicht einiger Mitglieder der Wirtschaftsequipe, auf eine verstärkte Öffnung des Marktes zu setzen, die Löhne weiter zu drücken und den Spielraum der wenig konzentrierten nationalen Industrie noch mehr einzuzengen, drohte zu einer Gefahr für die notwendige Unterstützung zur Verteidigung der verfassungsmäßigen Ordnung und die Wirtschaftsstrategie der Radikalen zu werden. Die Akzeptierung eines Sozialpaktes impliziert dagegen nicht nur die Begrenzung von Lohnsenkungen, sondern auch eine Änderung hinsichtlich der Industrie- und Beschäftigungspolitik." (Periodista Nr. 134, S. 7) Mit der Berufung des peronistischen Ministers zeichnet sich die Möglichkeit ab, einen Kompromiß zu finden, der eine "Modernisierung" und Anpassung der argentinischen Industrie an die Weltmarktstrukturen erlauben soll, ohne deshalb vollständig auf die Unterstützung seitens wichtiger Gewerkschaftssektoren zu verzichten. "Die Ernennung von Carlos Alderete als Arbeitsminister geht weit über ein wahltaktisches Spiel hinaus; sie zielt auf die Errichtung eines neuen hegemonialen Blocks, dessen Aufgabe darin besteht, das gesamte kapitalistische System Argentiniens jenseits der Interessen einzelner Kapitalfraktionen neu zu gestalten und außerdem die Mehrheit der Wähler zu monopolisieren." (ebda., S. 5)

Alfonsín versucht also zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Die Einbindung wichtiger Gewerkschaftssektoren in die Wirtschaftspolitik der Regierung einerseits, und andererseits die Minderung der Wahlchancen in den im September bevorstehenden Nachwahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Posten von Provinzgouverneuren. Allerdings setzt er dazu genau auf den rechten, autoritären Flügel des Peronismus. Seine Politik des "divide et impera" hat gute Erfolgchancen; ob er damit aber der Demokratie langfristig einen Dienst erweist, indem er ausgerechnet die Rechte des Peronismus aufwerten hilft, um dem Gegenspieler Antonio Cafiero Stimmen abzujagen, läßt sich bezweifeln.

QUELLEN: El Clarín (Edición Internacional), El Periodista

## »Der Mann aus Metall«

### DER PAPST IN ARGENTINIEN

*Ein Kommentar zum Argentinienaufenthalt des rasenden Kirchenvaters erübrigt sich fast, denn wie immer erfüllte er alle (schlimmen) Erwartungen: Er predigte in einer Kaserne, hatte aber keine Zeit für die Menschenrechtsorganisationen; er verurteilte heftig die Ehescheidung und versuchte den Arbeitern in Buenos Aires den Klassenkampf auszureden.*

Es war der zweite Besuch von Johannes Paul II. in Argentinien; der erste Besuch hatte unter der Diktatur nach dem Malvinenkrieg stattgefunden. Nachdem er schon damals zu den Menschenrechtsverbrechen der Diktatur geschwiegen hatte, war nicht zu erwarten, daß er sich diesmal zum Advokaten der Menschenrechtsorganisationen machen würde, die eine vollständige Aufklärung der Verbrechen und die Bestrafung der Schuldigen fordern. Im Gegenteil: Es wurde sogar befürchtet, er würde sich - im Zuge der Politik des reaktionären argentinischen Episkopats - für eine "nationale Versöhnung" im Sinne einer Amnestie einsetzen. So weit kam es dann zwar nicht, aber der polnische Papst, der sich so sehr für die Menschenrechte in Polen einsetzt, hatte auch keine Zeit für ein Gespräch mit den Müttern der Plaza de Mayo und nicht einmal ein Wort für die von der Diktatur ermordeten Priester.

An die aber dachten viele Gläubige, die den Papst in Buenos Aires empfangen. Sie trugen u.a. Transparente mit der Aufschrift: "Wir wünschen uns Bischöfe wie Angelelli, Märtyrer für den Glauben und sein Volk". Bischof Angelelli, der sich konsequent für die politischen und sozialen Menschenrechte eingesetzt hatte, war von den Militärs ermordet worden. Der Fall ist bis heute nicht gerichtlich geklärt, die Schuldigen laufen weiterhin frei herum.

Das Schweigen des Papstes stieß auf heftige Kritik seitens christlicher Menschenrechtsaktivisten; Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel und der Vorsitzende von CELS (Zentrum für juristische und legale Studien, eine christlich orientierte Menschenrechtsorganisation) erinnerten in Erklärungen und Interviews daran, daß der größte Teil der argentinischen Kirchenhierarchie während der Diktatur zu den Verbrechen geschwiegen hatten und forderten den Papst auf, Stellung zu beziehen. Bischof Hesayne von Viedma, einer der wenigen Kirchenfürsten, die sich während der Diktatur für die Menschenrechte eingesetzt hatten, erinnerte in seiner Predigt zur Begrüßung des Papstes an Bischof Angelelli und kritisierte die Haltung des Episkopats.

Die unverbesserliche Rechte, die in der Vereinigung FAMUS (Vereinigung der Angehörigen der von der Subversion Ermordeten) zusammengeschlossen sind, forderten während der Papstreise in einer

Anzeige in der rechten Tageszeitung LA NACION: "Damit es Frieden gibt in Argentinien, muß die Verfolgung unserer Streit-, Sicherheits- und Polizeikräfte aufhören. Freiheit für diejenigen, die unsere Familien und unser Leben im Krieg gegen den subversiven Terror verteidigt haben."

Gerade dem Militär widmete der Papst eine eigene Messe. In der Garnison von Córdoba - wo eine Woche später Offiziere gegen die verfassungsmäßige Regierung meuterten - sprach der Papst zu Militärangehörigen. Anwesend war Militärbischof José Miguel Medina, der während der Diktatur den Putsch und die Folterungen als notwendige Maßnahmen verteidigt hatte.



Der Papst und Präsident Alfonsín

Ebenfalls in Córdoba griff der Kirchenvater eines seiner Lieblingsthemen auf. Er wetterte gegen die Verwahrlosung der Sitten und predigte in hehren Worten das Glück der ehelichen Liebe. Scharf wandte er sich gegen das Recht auf Scheidung und griff damit dem argentinischen Episkopat unter die Arme, das gegen das neue Scheidungsrecht Sturm läuft, das vom Senat, nicht aber vom Kongreß verabschiedet ist. Damit bestätigte er nur, was ihm ein "Komitee der Zurückweisung des Papstes", das von argentinischen Schriftstellern und Künstlern gegründet wurde, vorwarf: Er wende sich gegen die Empfängnisverhütung, die Abtreibung, die Homosexuellen und die körperliche Selbstbestimmung der Frau. "Er ist gegen alles, was eine persönliche Entscheidung über das eigene Leben bedeutet."

Die Leute von Córdoba reagierten auf diese Predigt mit einem Witz. Der Papst sei ein Mann aus Metall: Er habe silberne Haare, ein Herz aus Gold und Eier aus Blei.

QUELLEN: EL PAIS (7.-13.4.), EL PERIODISTA Nr. 134 (3.-9.4.)

## BRASILIEN

### AGRARREFORM: KEIN LAND IN SICHT

*Ein Witz, Brasilien 1986: Ein junger Mann wird in ein Gefängnis eingeliefert. Er trifft dort auf einen uralten Gefangenen und fragt diesen, wie lange er denn schon hier sitze. Der Greis schüttelt den Kopf, die Jahre habe er nicht mehr gezählt, das Datum seiner Einlieferung wisse er auch nicht, er erinnere sich nur noch, daß zur Zeit seiner Verhaftung gerade eine Landreform verkündet worden sei...*

*Agrarreform als Dauerthema, da keine der verkündeten Reformen je einschneidende Änderungen gebracht hat, wird sich in diese Geschichte auch die neue, von der Regierung Sarney 1985 erlassene Agrarreform einreihen? Bisher sprechen alle Zeichen dafür.*

Eine Agrarreform in Brasilien ist dringend notwendig, das bestreitet bis zur politischen Rechten heute niemand. Das Lippenbekenntnis zur Reform gehört zum Standardrepertoire eines jeden Politikers. Die soziale Misere auf dem Land ist zu offensichtlich und die z.T. überholten Sozialstrukturen auch einer kapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft im Wege. Nach den Zahlen der Incra, der staatlichen Behörde für die Agrarreform, gibt es ca. 10 Mill. Landlose, die potentielle Nutznießer einer Landverteilung wären. Auf der anderen Seite hat die in Brasilien schon traditionell hohe Konzentration des Großgrundbesitzes in den letzten Jahren noch zugenommen. Hatten Großbetriebe mit mehr als 1000ha Fläche (=0,9% aller landwirtschaftlichen Betriebe) 1975 noch 42,8% der Fläche inne, waren es 1980 bereits 45,8% (nach IBGE, Censo Agropecuario 1980). Aber diese Zahlengerippe sagen noch wenig über die sehr komplexe und regional verschiedene Situation auf dem Land aus. Generell ist die Entwicklung der letzten Jahrzehnte dadurch gekennzeichnet, daß immer mehr Familien, die früher als Pächter, permanente Arbeiter oder in unterschiedlichen Kontraktformen auf einer großen Fazenda gelebt und gearbeitet haben, von diesen Fazendas vertrieben worden sind und nun - soweit sie nicht in die urbanen Zentren abgewandert sind - als Tagelöhner an dem Rand der Kleinstädte leben. Diese Tagelöhner werden boias frias genannt, d.h. wörtlich "kalte Näpfe", da sie gezwungen sind ihr Essen vorbereitet mit aufs Feld zu nehmen. Sie werden jeweils nur zur Ernte eingesetzt, arbeiten also übers Jahr verteilt auf verschiedenen Fazendas, ihr Transport wird von Subunternehmern ("gatos") auf Lastwagen organisiert. Das Anwachsen dieser mobilen Arbeitskraft ist ein entscheidendes Charakteristikum der sozialen Entwicklung im Agrarsektor. Aber keineswegs alle boias-frias und in der Statistik als Landlose Erfassten sind wirklich völlig proletarisiert.

Ein zweites Charakteristikum ist die große Zahl der Kleinstbesitzer, die nur eine winzige Parzelle (kleiner als 5 ha) zur Subsistenzproduktion bearbeiten und daneben als boias-frias in der Ernte Geld verdienen. Diese "Minifundistas" haben oft keine offiziellen Besitztitel, sie bebauen Land, um das sich anscheinend niemand kümmert. Zwar erwerben diese "posseiros" (Besetzer) nach zwei Jahren gewisse Besitzrechte, doch sind diese in der Praxis wenig wert. Die Zahl der posseiros wird auf ca. 1,3 Millionen geschätzt, und die ständigen Konflikte um Eigentums- und Besitzrechte sind eine der Ursachen für die ländliche Gewalt.

Auf der anderen Seite zeigt sich auch bei den Großbetrieben, den Latifundien, eine Zweiteilung. Ein Teil des Großgrundbesitzes ist in den letzten Jahren modernisiert worden, insbesondere der Exportsektor (Kaffee, Soja, Orangen) und große Fazendas im Süden des Landes arbeiten als moderne, kapitalintensive Großbetriebe (sogenannte empresas rurais). Die traditionellen Latifundien hingegen werden kaum bewirtschaftet, extensive Viehwirtschaft oder auch nur Abholzen sind verbreitete Nutzungsformen, wobei oft der größte Teil des Besitzes ganz brach liegt.



Streikende boias-frias in Guariba, 1984

Eine Agrarreform erscheint in Brasilien also sowohl notwendig wie auch möglich: auf der einen Seite die Masse der Landlosen und Besetzer, die über eigene Produktionserfahrungen verfügen, auf der anderen Seite brachliegender oder nur unzureichend genutzter Grundbesitz. Nach einem klassisch - marxistischem Schema wären hier Voraussetzungen gegeben, daß sich Landarbeiter und Kleinstbesitzer mit dem progressiven Teil der Bourgeoisie und den modernen Landbesitzern verbünden, um wenigstens die Modernisierung des unökonomischen Latifundiensystems zu erreichen.

Aber nicht nur objektive Faktoren sprechen für eine Agrarreform. In den letzten Jahren der Diktatur hatte die Bewegung der Landarbeiter/innen einen großen Aufschwung genommen. Es kam auf den großen Zuckerrohrplantagen in Pernambuco zu den ersten Streiks von boias-frias, lokale Gewerkschaftsgruppen organisierten sich, und die Bewegung der Sem Terra, der Landlosen, entstand. Insbesondere progressive kirchliche Gruppen bemühten sich, nach den harten Jahren der Repression, authentische Artikulationsformen auf dem Land zu entwickeln. 1984/85 kam es überall zu Kundgebungen und Demonstrationen mit der Forderung nach einer sofortigen Agrarreform.

## VOM PLAN ZUM GESETZ - DER RÜCKZUG DER REGIERUNG

Tatsächlich gehörte die Agrarreform zu den zentralen Versprechungen und ersten Projekten der Zivilregierung unter Präsident Sarney (vgl. LN 141). An die Spitze der Incra, die sich unter der Militärdiktatur durch die in ihr repräsentierte unglückselige Verbindung von Landverteilung und Kolonisation eher einen Namen als Verhinderungsorganisation gemacht hatte, trat ein respektierter Befürworter der Forderungen der Landlosen und ein Ministerium für die Agrarreform (Mirad) wurde gebildet. Überraschend schnell erarbeiteten Mirad/Incra einen Plan für die Agrarreform. Dieser sah eine Ansiedlung von 7,1 Millionen Landlosen bis zum Jahr 2000 vor und damit weitgehende Eingriffe in das System des Landeigentums. Der Plan wurde von den progressiven Sektoren der Regierungspartei PMDB - einschließlich der Kommunisten - vorbehaltlos unterstützt. Auch die linke PT und die kirchlichen Gruppen signalisierten weitgehende Zustimmung. Aber in den letzten Wochen vor der Verabschiedung des Gesetzes begann ein heftiges Tauziehen, und als schließlich am 10.10.'85 Präsident Sarney das Gesetz unterzeichnete, trat etwas ganz anderes in Kraft als der ursprüngliche Plan von Incra/Mirad vorgesehen hatte.

Vorher hatten Großgrundbesitzer eine Kampagne gegen das geplante Gesetz organisiert, alte Freunde meldeten sich telephonisch bei Präsident Sarney, der selbst einer der größten Grundbesitzer im Bundesstaat Maranhao ist. Noch in der Nacht vor der Unterzeichnung wurden letzte Änderungen vorgenommen, unter der Federführung des Anwaltes Fabio Lucches, über den der konservative "Estado do Sao Paulo" schreibt: "In Sao Paulo sind 90% der Landbesitzer, deren

Länder enteignet worden waren, seine Klienten." Nach derartiger Expertenbearbeitung waren zwar die grundlegenden Ziele beibehalten worden, aber gleichzeitig hatte man Mechanismen eingebaut, die ein Erreichen dieser Ziele völlig unmöglich machen.

In letzter Sekunde war in den Vorschlag von Mirad/Inkra der lapidare Satz eingeschoben worden: "Verhandlungen und Übereinkunft sind als primäre Instrumente der Reform anzuwenden." Der ursprüngliche Vorschlag hatte die Enteignung aus sozialem Interesse als das grundlegende Instrument der Reform bestimmt. Die Agrarreform ist mit dieser Änderung quasi zu einer freiwilligen Veranstaltung erklärt worden, sie soll prinzipiell im Einverständnis mit den Großgrundbesitzern erfolgen - und das angesichts des schon im Vorlauf der Reform sich abzeichnenden erbitterten Widerstands. Und indem im jeden Fall zunächst verhandelt werden muß, verliert die Reform den Charakter eines sozialen Prozesses, sie wird zu einer zähen Fall zu Fall Entscheidung.

Die zweite einschneidende Änderung bestand in der Einschlebung eines Paragraphen, der ausdrücklich alle Betriebe von der Enteignung ausschließt, die ein ausreichendes Niveau der Produktivität (niveis satisfatorios de produtividade) erreichen. Dieses schwammige Kriterium eröffnet den Weg für langwierige Rechtsstreitigkeiten, ganz abgesehen von den leichten Fälschungsmöglichkeiten. Es hat weiter die Konsequenz, daß Großgrundbesitzer der Enteignung durch Verpachtung ausweichen können. Dieser Effekt - man glaubt es kaum - ist durchaus erwünscht. Abreu Sodré, der verantwortlich ist für die Einfügung dieser Paragraphen, erklärte dazu: "Für die Nation ist es nicht von Bedeutung, wer das Land bebaut, seien es nun Eigentümer oder Nichteigentümer. Es interessiert nur, daß es bebaut wird, daß es produziert und daß es die Möglichkeit bietet, Arbeitskräfte zu absorbieren." Das ist die deutliche Absage an eine Landreform, die die Verteilung von Land zum Ziel hat, zugunsten einer Agrarreform, die lediglich die Steigerung der Produktion im Auge hat, indem sie auf unproduktiven Großgrundbesitz Druck ausübt. Gleichzeitig wurden aber die Umverteilungsziele (1,4 Millionen Nutznießer bis 1990) beibehalten, eine Absicht, die man nur als unerntet bezeichnen kann. Es braucht wohl kaum noch erwähnt zu werden, daß das Gesetz keine Höchstgrenze für Landbesitz festlegt, was in anderen bürgerlichen Landreformen (z.B. Indien) durchaus geschehen ist. Insgesamt ist also bei den Veränderungen eher ein Landreformverhinderungsgesetz herausgekommen - mit nur noch demagogischen Zielprojektionen.

So kann die Bilanz des ersten Jahres der Agrarreform nicht überraschen: Die Ziele wurden jämmerlich verfehlt. 150.000 Familien sollten im Jahre 85/86 angesiedelt werden, nach offiziellen Zahlen waren es 35.114, d.h. 23% der Zielvorgabe. Bei der verteilten Fläche sieht die Bilanz noch schlechter aus: Nur 7,2% (=332.850ha) wurden verteilt. Allerdings hatte die Regierung bis Oktober '86

ca. 1 Million ha enteignet, aber Enteignungen von insgesamt über 700.000 ha wurden durch die Justiz wieder rückgängig gemacht. Statt einer weitreichenden Landverteilung gibt es zunächst endlose Justizstreitigkeiten.



Eintritt verboten - Die Latifundien bleiben auch nach der Landreform unangetastet

## GEWALT AUF DEM LAND ESKALIERT

Daß eine Landreform als sozialer Prozeß nicht stattfindet, heißt natürlich nicht, daß gar nichts geschieht. Die Zahlen sind zwar - gemessen an den Zielen - dürftig, aber immerhin, es gab einige Enteignungen. D.h. auch, daß einzelne Grundbesitzer durchaus etwas zu befürchten haben. Nur so ist es zu erklären, daß es massiven Widerstand von Seiten der Großgrundbesitzer gegen die Schrumpfreform gegeben hat. Insbesondere im Nordosten des Landes haben sich die gewaltsamen Übergriffe gehäuft, und die "Neue Republik" wartet mit traurigen Rekordzahlen auf: Im Jahre 1986 gab es - nach Angaben der Sem Terra - 298 Tote bei Landkonflikten im weitesten Sinne, 129 Landarbeiter/innen wurden von Großgrundbesitzern ermordet. Nach der Ermordung eines prominenten Priesters - Padre Josimo - im Mai letzten Jahres, kam es zu massiven Protesten und Demonstrationen gegen die Gewalt der Großgrundbesitzer, die in

Teilen des Landes regelrechte Privatarmeen unterhalten. In der "Krisenregion" im Nordosten, dem Bico do Papagai, startete die Regierung daraufhin eine Entwaffnungsaktion. Wieder einmal wurde dabei gleiches Recht auf Ungleiche angewandt: Die Bauern sollten ihre alten Gewehre abliefern, die sie oft auch zur Kleintierjagd benötigen. Ein landloser Bauer hat kaum die Möglichkeit, sich im Bedarfsfall ein neues Gewehr zu besorgen, für die Fazendeiros ist das kein Problem. So hat auch die Entwaffnungsaktion, der auch die Landarbeitergewerkschaft CONTAG zustimmte, eher die Wehrlosigkeit der Bauern verstärkt als zum Frieden geführt. Die eskalierende Gewalt im demokratischen Brasilien ist sogar durch die UNO Menschenrechtskommission aufgegriffen worden, die Ende 1986 einen Bericht darüber vorgelegt hat, den die Regierung in Brasilia bisher ignorierte. Der jüngste, aufsehenerregende Gewaltakt war die Ermordung des Rechtsanwalts Evandro Cavalcanti in Pernambuco. Cavalcanti hatte in verschiedenen Prozessen Landarbeitergewerkschaften vertreten.



Die Agrarreform hat zu einer Radikalisierung und Militarisierung eines Teils der Großgrundbesitzer geführt. Sie haben sich zu einer neuen Organisation, der UDR, zusammengeschlossen, die eine Totalmobilmachung gegen die Agrarreform betreibt. Sie vertritt mit die-

ser Politik nicht die Mehrheit der Grundbesitzer. Die gemäßigteren und "modernen" Verbände hatten sich bemüht, die Reform abzuschwächen und torpedieren sie nun mit den Mitteln der Justiz. Sie kaufen lieber gute Rechtsanwälte (und natürlich auch schlechte Richter), als daß sie die der Gegenseite ermorden lassen. Sie wissen auch, daß man etwas zugestehen muß, um nichts zu verändern. Aber die UDR hat doch lokal, insbesondere im Nordosten, an Einfluß gewonnen. Sie kann dabei auf die Latifundistas alten Schlages bauen, die jeden Eingriff in ihre patriarchalische Hoheit allergisch abwehren, ohne zu weitergehenden taktischen Kalküls in der Lage zu sein. Aber der Vorsitzende der UDR ist nicht ein Mann solches Schlages, sondern ein Zahnarzt. Land ist in Brasilien ein Kapitalanlage. Jeder Reiche, jeder Arzt oder Rechtsanwalt besitzt Land. Man investiert in Land wie man in Gold, Aktien oder Kunstwerke investiert - natürlich ohne Beziehung zur Produktion. Für diese Leute ist die Agrarreform zumindest eine Belästigung. Und als es im Februar zu großen Kundgebungen der Bauern gegen die Preispolitik der Regierung kam (zu niedrige Erzeugerpreise), waren die radikalen Demagogen der UDR vielumjubelte Redner. Die UDR wird selbst von der Regierung als rechtsradikal eingestuft und bisher als Verhandlungspartner nicht akzeptiert. Das Fiasko der Landreform ist also noch ein zweifaches: Nicht nur, daß die Landlosen (fast) kein Land bekommen, sie hat auch eine Radikalisierung von Teilen der Großgrundbesitzer nicht verhindert und die Kleinbauern gegen deren Übergriffe nicht geschützt.

## DIE LAGE DER PROGRESSIVEN KRÄFTE

1984/85 hatten Sem Terra, die linke Gewerkschaft CUT und die PT eine große Kampagne für eine Agrarreform organisiert. Nun gibt es diese Reform, und nichts Grundlegendes ändert sich. Daß die Reform in der jetzigen Form verabschiedet worden ist, d.h. gegen den Geist des Vorschlags von Incra/Mirad, war eine schwere Niederlage zunächst für den linken Flügel der PMDB. Diese ist ein Sammelbecken, das während der Erosion des Militärregimes alle politischen Richtungen und Gesellschaftsklassen zusammenführte, von Großgrundbesitzern bis zum reformistischen Flügel der Arbeiterbewegung - einschließlich der beiden kommunistischen Parteien. Bei der Verabschiedung der Agrarreform haben sich eindeutig die Großgrundbesitzer durchgesetzt, gegen den Widerstand der Linken. Diese haben damit eine entscheidende Schlacht im Kampf innerhalb der Institutionen verloren. Diese Niederlage ist um so bitterer, da es sich ja auch bei dem ursprünglichen Vorschlag nicht um ein revolutionäres Projekt gehandelt hätte. Zudem hatte die Reform eine breite Unterstützung bei Gewerkschaften und insbesondere bei der katholischen Kirche. Aber selbst unter diesen günstigen Bedingungen gelang es nicht, ein Reformwerk durchzusetzen, das höchstens dem entsprochen hätte, was amerikanische Wissenschaftler in den counter - insurgency Programmen der sechziger Jahre vorgesehen hatten.

Dieses Scheitern der PMDB - Linken stellt auch grundlegend deren Denkansatz in Frage: setzt sie doch auf ein Bündnis mit dem "modernen" Teil der Bourgeoisie für eine demokratische Umwälzung. Die Erfahrung der Agrarreform scheint bisher eher die Befürchtung nahelegen, daß ein Bündnis, das unter der Militärdiktatur entstanden ist, diese zu überdauern vermag: das Bündnis zwischen moderner Bourgeoisie und Großgrundbesitzern. Die PMDB hat auch den größten Teil des Nordost - Establishments aufgesogen (und das sind in erster Linie Großgrundbesitzer) und auch in diesem Landesteil bei den letzten Wahlen einen deutlichen Sieg errungen.

CUT, Sem Terra und PT hatten hingegen nie zu große Erwartungen an Regierungspläne, sondern eher auf die Mobilisierung der Basis gesetzt. Doch diese ist durch die Agrarreform nicht leichter geworden. Die gewerkschaftliche Organisation auf dem Lande ist schwierig und mußte in den letzten Jahren - von einigen lokalen Ausnahmen abgesehen - praktisch am Nullpunkt beginnen. Zwar gibt es eine Mitgliedsstarke Landarbeitergewerkschaft, die Contag, doch sie ist ein Produkt der alten faschistischen Arbeitsgesetzgebung des Diktators Getulio Vargas. Dieser hatte den Gewerkschaften die Krankenversicherung übertragen und sie dem Arbeitsministerium unterstellt. Bis heute ist die Contag tief in der gelben Gewerkschaftstradition verwurzelt. Linke Gruppen können entweder versuchen eine lokale Gegengewerkschaft zu gründen, was die bestehenden Gesetze durch bürokratische Hemmschwellen praktisch verhindern oder in Wahlen die gelben Bosse abzulösen. Aber da diese sich - mangels anderer Betätigungen - hervorragend in bürokratischen Kniffen und juristischen Schlichen auskennen, ist das so einfach nicht. Um nur ein Beispiel zu nennen: Im Bundesstaat Sao Paulo sind nur sechs örtliche Gewerkschaftsgruppen (von über 200) mit der CUT verbunden. Angesichts solcher Verhältnisse sind die Mobilisierungsmöglichkeiten von Sem Terra und CUT natürlich beschränkt. In den letzten Monaten hat die Sem Terra und andere Gruppen auch stark die Gewaltfrage, d.h. die Verteidigung gegen die Übergriffe der Großgrundbesitzer, in den Mittelpunkt gestellt. Die Agrarreform ist also zunächst in ihren Gesamtauswirkungen eine Niederlage der progressiven Kräfte, sie hat diese in die Defensive gebracht.

Im nächsten Heft werden in einem zweiten Teil des Artikels drei konkrete Projekte der Agrarreform vorgestellt, um das hier entworfene düstere Bild zwar nicht aufzuhellen aber doch zu differenzieren. Denn lokale und punktuelle Erfolge sind im heutigen Brasilien - nicht zuletzt dank demokratischer Freiheiten - doch möglich.

#### BAUERNSTERBEN AUF BRASILIANISCH

1985 hat die Regierung Sarney eine Landreform angekündigt, die Kirche und Gewerkschaften für nicht weitreichend genug, die Großgrundbesitzer für zu weitgehend halten.

An den seit Jahren herrschenden gewaltsamen Auseinandersetzungen im Nordosten ändert das nichts - höchstens daß die Konflikte immer härter werden. Wir wollen versuchen, von hier aus darauf einzuwirken, daß Morde an Kleinbauern, Gewerkschaftern und Priestern vom Staat strafrechtlich verfolgt und möglichst unterbunden werden.

Dazu benötigen wir gute Informationen und Kontakte ins Landesinnere. Wer über dergleichen verfügt, sollte uns informieren:

ai - Brasilien - Ko - Gruppe

Bergisch-Gladbacher Str. 1141

5000 Köln 80

### Javari: Alte Indianerpolitik in der »neuen« Republik

*Eines der letzten größeren Rückzugsgebiete von brasilianischen Indianern im westlichen Amazonasgebiet ist zur Zeit besonders bedroht: Erdgasprospektion, Holzabbau und Kautschukförderung finden trotz offiziellem Verbot in dem Gebiet statt. Deswegen startete der brasilianische Indianermissionsrat (CIMI) eine Kampagne und bittet um Unterstützung.*

Im Javari-Tal im äußersten Westen des Bundesstaates Amazonas, direkt an der peruanischen Grenze, leben über 3'000 Indianer, die verschiedenen Völkern angehören. Die Matsés (Mayoruna genannt), die Marúbo, die Matís und die Kulina vom Rio Curuçá gehören zur Sprachfamilie der Pano, die Kanamarí und die Tsohom Djapá (genannt Tukano) zur Familie der Katukina. Die anderen Gruppen sind kaum bekannt. Mit einigen wurde erst in den letzten Jahren Kontakt aufgenommen, andere sind bisher völlig isoliert geblieben, weil sie jeden Kontakt vermeiden.

Die Region des Javari-Tals wurde erstmals von Neobrazilianern während des Kautschuk-Booms zwischen 1870 und 1911 besiedelt. Nach dem Fall der Kautschuk-Preise verließen die meisten die Region wieder bis ungefähr 1945. Seit dieser Zeit hat die Suche nach Edelhölzern neue Siedler angelockt. Die Intensivierung des Holzabbaus und der Holzverarbeitung haben bewirkt, daß die regionale Wirtschaft fast ausschließlich auf diese Naturprodukte ausgerichtet ist, die nicht so schnell wachsen, wie sie gefällt werden. Angesichts der steigenden Nachfrage auf dem Weltmarkt und der auch in Brasilien scho:

spürbaren Verteuerung der Edelhölzer erscheinen die Indianer-Reservate mit ihrem "ungenutzten" Bestand an Edelhölzern als besonders begehrenswert. In den letzten Jahren haben sich die Konflikte zwischen Indianern und Holzfällern in dem Gebiet des Javari-Reservates verschärft. Fünf Sägefabriken in den naheliegenden Städten Atalaia do Norte und Benjamin Constant, sowie eine auf der peruanischen Seite, versorgen sich teilweise oder ausschließlich mit Holz aus dem Gebiet des Indianer-Reservates Javari. Da viele der indianischen Gruppen noch keine Erfahrung im Umgang mit der nationalen Gesellschaft haben, greifen sie auf traditionelle Formen des Widerstandes zurück. Im März 1986 griffen die sogenannten "indios flexeiros" (pfeilschießende Indianer) Holzfäller an, die auf ihr Territorium vorgedrungen waren. Im November 1986 wurden zwei Holzfäller von den Korubo (sogenannte "indios casseteiros" - knüppelnde Indianer) aus dem selben Grund getötet.



Im Frieden leben ist alles. Das ist alles, was die noch unabhängigen Indianer dieser Region Brasiliens haben und wollen.



Kautschuksammler am Rio Jutai

Der brasilianischen Indianerbehörde FUNAI wird die Vernachlässigung der Indianer des Javari vorgeworfen. Erst 1980 wurden die Grenzen des Reservates definiert, aber nicht abgesteckt. Im August 1985 wurde das Gebiet offiziell gesperrt, und die Entfernung aller Nicht-Indianer wurde angeordnet. Dieses Verbot wurde aber in der Praxis nie befolgt und der lokale FUNAI-Posten in Atalaia do Norte toleriert das Eindringen der Holzfäller genauso wie die privaten Kolonisationsprojekte von Kautschuk-Unternehmern, die seringueiros (Kautschuk-Sammler) in dem Gebiet ansiedeln. Der brasilianische Indianer-Missionsrat wirft der FUNAI außerdem nicht-adequate Techniken bei der Kontaktaufnahme ("atração") und die grobe Vernachlässigung der schon kontaktierten Gruppen vor. Nicht

zuletzt aufgrund der ständigen Kritik des CIMI wurden die beiden Beauftragten des CIMI am 29. Dezember 1986 aus dem Reservat gewiesen, was natürlich die Arbeit des CIMI sehr erschwert oder gar unmöglich macht. Die Reorganisation der FUNAI im März 1986 hat ein weiteres dazu beigetragen, daß es im Augenblick für die betroffenen Indianer besonders schwer ist, sich in Brasilia und damit auf nationaler Ebene Gehör zu verschaffen: die Gründung von regionalen Büros mit größeren Befugnissen hat den Weg nach Brasilia blockiert.

Hinzu kommt, daß die ganze Region ein Grenzgebiet ist und deswegen auch eine "bevorzugte Region" für "Entwicklungs-" und Integrationsprojekte der Regierung. Die Perimetral Norte, eine Straße, die Cruzeiro do Sul im Bundesstaat Acre und Benjamin Constant verbindet, soll wieder eröffnet werden.

Die Initiatoren der "Campanha Javari" bitten daher, an die unten aufgeführten Adressen zu schreiben und in den Briefen die Besorgnis über den Zustand im Javari-Gebiet auszudrücken und vor allem den Rückzug der Holzunternehmen aus dem Indianer-Reservat bzw. die Einhaltung der Portaria Nr. 1849 vom 8. April 1985 und die endgültige Absteckung (demarcação) dieses Indianerlandes zu fordern.

Presidente da República José Sarney Palácio do Planalto Praça dos Três Poderes 70054 Brasília - DF	Ministro do Interior Ronaldo Costa Couto Ministério do Interior Esplanada dos Ministérios 70054 Brasília - DF
--	---

Ministro do MIRAD Dante de Oliveira Ministério da Reforma Agrária e Desenvolvimento Esplanada dos Ministérios 70054 Brasília - DF	Ministro da Justiça Paulo Brossard Ministério da Justiça Esplanada dos Ministérios 70054 Brasília - DF
--	--

Ministro das Minas e Energia Aureliano Chaves Ministério das Minas e Energia Esplanada dos Ministérios 70054 Brasília - DF	Presidente da FUNAI Romero Jucá FUNAI SRTS 702 70000 Brasília - DF
--	--

Comissão do Indio  
Câmara dos Deputados  
Anexo 3  
70160 Brasília - DF

Kopien der Briefe bitte an: Campanha Javari  
Caixa Postal 11-1159  
70084 Brasília - DF

## CHILE

### »Das Land wird nicht mehr dasselbe sein ...«

#### CHILE NACH DEM HURRIKAN WOJTYLA

Seit zumindest ein großer Teil der chilenischen Opposition Politik durch das Erfinden immer neuer Zauberformeln ersetzt hat, sollte man sich nicht wundern, daß selbst noch so geschickt formulierte Beschwörungen weder die Diktatur schwächen noch die demokratischen Kräfte stärken. Nicht einmal der mit so viel kühnen Erwartungen aufgemotzte Besuch des Oberteufel-austreibers des christlichen Abendlandes kann darüber hinwegtäuschen - obwohl gerade er die Phantasie der Sprechblasenerfinder besonders angeregt und wahrlich zu neuen Höchstleistungen gebracht hat.

So überraschte der Vorsitzende der chilenischen Christdemokraten die erstaunte Öffentlichkeit am Vorabend des hohen Besuches aus Rom mit der präzisen Prophetie: "Chile wird nach dem Papstbesuch nicht mehr dasselbe sein wie vorher!" (LA EPOCA vom 31.3.87).

Und - selbstverständlich - "die Früchte werden langfristig sein" (Hoy, Nr. 507). Der neue Chefredakteur von HOY, Abraham Santibañez, überschrieb seinen Leitartikel am Tage nach der Abreise des Papstes aus Chile: "Nach dem Hurrikan Wojtyla". Liest man dann den ganzen Essay, so bleibt allenfalls ein laues Lüftchen übrig. Und auch von dem ist nicht einmal sicher, ob es durch das kräftige Schwenken der Weihrauchkessel oder durch das Zusammentreffen schwingender Polizeiknüppel mit Tränengas-Schwaden entstanden ist. Die Rede ist von den Zwischenfällen während der Papst-Messe im Parque O'Higgins am Spätnachmittag des 3. April. ANALISIS spricht sogar von einer notwendig neuen Politik "post parque", nach den Ereignissen im Park und nicht nach dem Papstbesuch. Der war eben wirklich nur eine Gelegenheit (weil eine andere gerade nicht in Sicht war) und der Anlaß für das, was sich in den ersten Apriltagen in Chile abgespielt hat. Man könnte sich ihn sozusagen wegdenken.

Aber ganz so einfach geht das natürlich nicht. Denn, wie gesagt, die Sprechblasenproduzenten aller Lager hatten sich besonders auf diesen Besuch vorbereitet, ihre feinen Nuancierungen wären ohne die Anwesenheit des Papstes in Chile nicht zustande gekommen.

#### "SEIN BESUCH HAT UNS GESTÄRKT!"

Sowohl aus Kreisen der chilenischen Bischofskonferenz, die bis zum Schluß geteilter Meinung über den Sinn des Besuches war, als auch von Seiten der Opposition war mehrfach der Satz zu hören:

"Sein Besuch hat uns gestärkt". Mag ja sein. Aber was ist mit dem Regime? Ist es nicht, ohnehin nicht schwächlich und zimperlich, erst recht gestärkt aus dem Treffen hervorgegangen?

Ursprünglich war vorgesehen, daß der Papst und Pinochet nur bei einer Gelegenheit, nämlich bei der Begrüßung auf dem Flugplatz, zusammentreffen würden. Mit diesem Argument wurden jedenfalls die Kritiker innerhalb der chilenischen Bischofskonferenz beruhigt. Als dann das offizielle Besuchsprogramm erschien, war bereits ein zweites Rendezvous akzeptiert, im Regierungspalast La Moneda, ein offizieller Antrittsbesuch des Papstes also. Und am Ende jettete Pinochet dem Papst, der sich wenigstens trickreich von Antofagasta aus nach Argentinien davonstehlen wollte, in den Norden hinterher, um ihn mit einer weiteren Ansprache zu vereinnahmen. Von der Wirkung der Fernsehbilder des in der Hauskapelle Pinochets in der Moneda betenden Papstes, Pinochet in respektvollem Meterabstand dahinter kniend, in einem katholischen Land wie Chile mal ganz abgesehen. Es ist müßig darüber zu spekulieren, was die beiden wohl unter vier Augen besprochen haben mögen. Pinochet betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß der Papst in ein Land komme, das viel "gelitten hat und weiterhin der Ausbreitung der extremsten materialistischen und atheistischen Ideologie ausgeliefert sei, die die Menschheit je gekannt hat". Das muß dem polnischen Papst doch wirklich angenehm in den Ohren geklungen haben. Vielleicht hat er danach die wichtigsten Spickzettel, die ihm die chilenischen Bischöfe vorher zugesteckt hatten, klammheimlich zerrissen. Denn was er seinerseits in den offiziellen Ansprachen zur Lage in Chile von sich gab, blieb sehr allgemein und war eher dürftig.



## WAS ER ZU HÖREN BEKAM

Anders war es da schon bei den zwei Gelegenheiten, bei denen Vertreter des chilenischen Volkes dem Papst ihre Ansichten mitteilen konnten. Sowohl in La Bandera bei dem Treffen mit rund einer Million von pobladores als auch im Nationalstadion mit 80.000 ausgesuchten Jugendlichen bekam Johannes Paul II. wenigstens ein bißchen von dem zu hören, was die allermeisten Menschen in Chile bedrückt.

Die pobladora Luisa Riveros, Mutter von sechs Kindern und von ihrem Mann verlassen (und insofern ein typischer "Fall"), durfte in La Bandera den Oberhirten ein wenig von seinem hohen Sockel holen, indem sie ihm ein bißchen aus ihrem Leben erzählte. "Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne verursachen unsere schweren Sorgen. Denn das Geld reicht nie, und deshalb sperren sie uns Licht und Wasser ab. Unsere Männer und Söhne verfallen dem Alkohol und den Drogen, und so werden die Meime zerstört. Das Leben unserer Kinder bereitet uns große Sorgen... Viele von ihnen sind unterernährt, und wenn sie krank werden, erhalten sie keine ausreichende medizinische Versorgung... Täglich wird es uns schwerer gemacht, sie zur Schule zu schicken. Die Situation wird verschärft durch die große Zahl arbeitsloser Lehrer. Unsere Wohnungen sind schlecht. Sie sind klein und werden dadurch noch kleiner, daß wir Verwandte aufnehmen müssen, die aus ihren Häusern vertrieben wurden... Wir fordern Gerechtigkeit und daß die Exilierten endlich zurückkehren können. Wir stehen an der Seite der Angehörigen der verschwundenen politischen Häftlinge und wollen, daß man uns anhört und uns respektiert.

Heiliger Vater, es gibt 14 politische Gefangene, die zum Tode verurteilt worden sind. Sie als der Botschafter des Lebens werden von unserem ganzen Land gebeten, nein zur Todesstrafe zu sagen... Die Priester und Nonnen, die unter uns leben, helfen uns sehr bei der Bewältigung unserer dringendsten Probleme, und wir fordern hier in Ihrer Anwesenheit, daß unsere aus dem Land gewiesenen Priester zurückkehren können..."

Und im Nationalstadion beklagte ein 17-jähriger Oberschüler vor dem "Bruder Johannes Paul", daß die chilenische Gesellschaft immer mehr in wenige Reiche und viele Arme zerfällt.

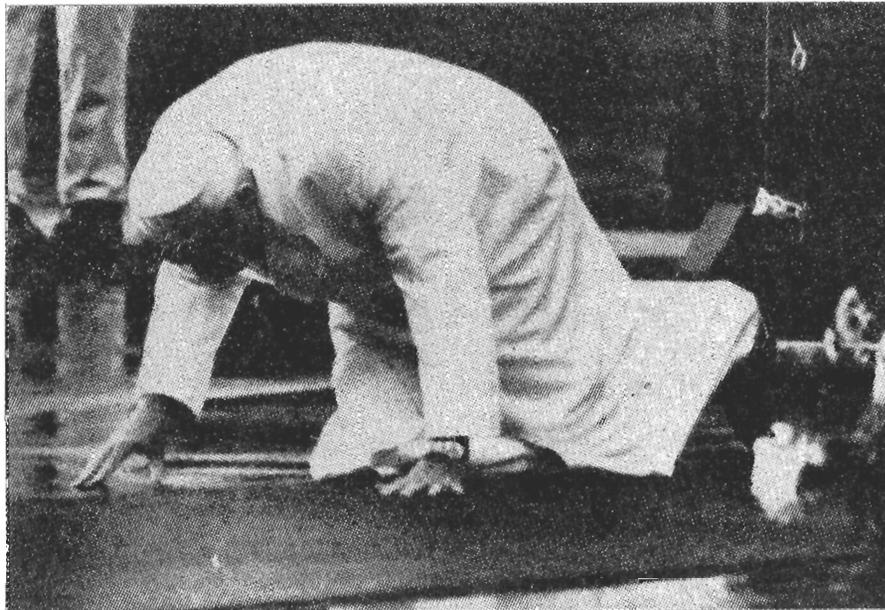
## WAS GESCHAH IM O'HIGGINS-PARK?

Vieles spricht dafür, daß die gewaltsamen Zwischenfälle vom 3. April im O'Higgins-Park in Santiago, die immerhin zu über 500 Verletzten geführt haben (darunter 64 Carabineros und 8 Priester), von gekauften Provokateuren aus dem Lumpenproletariat inszeniert worden sind. Das Regime jedenfalls hat alles getan, um den Anschein zu erwecken, die Gewalt sei von der organisierten kommunistischen Jugend ausgegangen. Dabei hat es allerdings einige offensichtliche Widersprüche in Kauf nehmen müssen. Von den 31 im Park Verhafteten

ließ man 26 sofort wieder frei. Zu den fünf in Haft gebliebenen jungen Männern kamen bis zum 10. April noch drei weitere hinzu. Zwei von ihnen, Ivan Enrique Barra und Jorge Ernesto Jana, beides Studenten der Technischen Universität von Santiago und Mitglieder der KP, wurden erst am 9. April, also 6 Tage nach den Ereignissen, in ihren Wohnungen verhaftet. Ihre Fotos wurden im MERCURIO veröffentlicht, jedoch handelte es sich um Kopien von Fotos aus dem Studentenregister. Beide waren nachweislich, wie inzwischen durch gerichtlich hinterlegte Aussagen der engsten Angehörigen feststeht, am Nachmittag des 3. April nicht im O'Higgins-Park.

Jaime Insunza, untergetauchter KP-Führer und MDP-Sprecher, erklärte gegenüber LA EPOCA aus seinem Versteck heraus, daß die "Provokation von exakt vorbereiteten Leuten ausging, die auf Pfiffe reagierten, die von gepflegten Männern mit kurzem Haarschnitt ausgestoßen wurden." Die Kommunistische Partei dementierte aufs Schärfste in einem Schreiben an die chilenische Bischofskonferenz, daß sie mit den gewaltsamen Ausschreitungen irgend etwas zu tun hätte. Denn die Regierung hatte noch vor irgend einem polizeilichen Untersuchungsbericht ausgemacht, daß es sich "aufgrund der Vorgehensweise der Terroristen" eindeutig um Kommunisten handeln müsse.

"Wer", so fragen die Journalisten von ANALISIS, deren Kollegin Maria Olga Allamand von einer Polizeikugel getroffen und schwer verletzt worden war, als sie Fotos von den Zwischenfällen machen wollte, "wer konnte überhaupt ein Interesse an Ereignissen und Zwischenfällen solcher Art haben?" Wer, wenn nicht das Regime selbst!



## DIE STUNDE DER BILANZEN

Jetzt, mit einigem Abstand zu der turbulenten Woche Anfang April, ziehen sie alle Bilanz: die Bischöfe und die kritischeren Theologen von der Basis, die politischen Parteien, die Opposition in ihren Blöcken, die professionellen Beobachter und nicht zuletzt das Pinochet-Regime. Letzteres, um es vorwegzunehmen, kann ganz zufrieden sein, sagt das aber, wenn überhaupt, nur ganz leise und eher indirekt.

Demgegenüber müssen die lauten und allzu positiven Bilanzen der anderen schon aufgrund des Nachdrucks Verdacht erregen, mit dem sie vorgetragen werden; so als müsse man sich selbst (und manchmal wider besseres Wissen) bestätigen, wie toll doch alles war. Wer Angst hat und unsicher ist, pfeift im Dunkeln bekanntlich besonders laut!

Die Alianza Democrática rief alle politischen Parteien auf, angesichts des stattgefundenen Papstbesuches, "die dringende Aufgabe anzupacken, großzügig und ohne Gewalt eine demokratische und solidarische Gesellschaft aufzubauen".

Aha. Eine wirklich gute Idee. Doch wie soll das geschehen?

Man hat sich offenbar von den moralischen Appellen des Papstes anstecken lassen. Und das wäre nicht einmal nötig gewesen! Beschränkt sich die Alianza doch ohnehin seit langem nur auf Appelle. Appelle sind aber immer an die anderen gerichtet.

Und so wird denn Chile - leider - auch nach dem Papstbesuch das bleiben, was es auch vorher war: ein von einer starken Militär-Regierung regiertes Land mit einer zerrütteten Wirtschaft und mit einer nahezu hoffnungslos zerstrittenen Opposition. Doch halt: eines wird sich, nach der Bilanz einiger progressiver Theologen, sicher sehr bald ändern. Der Papst habe sich von der Existenz einer kräftigen Volkskirche in Chile überzeugen können, vor der sich der Vatikan fürchtet wie der Teufel vor dem Weihwasser. Deshalb sei schon in absehbarer Zeit mit personellen Veränderungen in der chilenischen Kirche und mit anderen Maßnahmen zu rechnen.

Na bitte! Es war wohl doch ein reiner "Pastoralbesuch", wie die Bischöfe immer betont haben.

## LA EPOCA — Eine neue Stimme der Opposition

Am 11. März - das Datum war mit Bedacht gewählt: trat doch am 11.3.1981 die auf die Person Pinochets zugeschnittene Verfassung in Kraft, die ein halbes Jahr zuvor durch ein zweifelhaftes Plebiszit zustande gekommen war - war es endlich soweit. Die erste oppositionelle Tageszeitung nach dreizehneinhalb Jahren Militär-Herrschaft konnte mit einer Startauflage von immerhin 150.000 Exemplaren erscheinen. Schon nach wenigen Stunden waren sie alle vergriffen.

Die Vorbereitungen zu diesem Ereignis waren schwierig und langwierig. Auch in Chile erfordert die Neugründung einer Zeitung erhebliches Kapital. Und dann gab es auch noch diese Militär-Diktatur.

Die finanziellen Probleme konnten durch zwei Maßnahmen einigermaßen gelöst werden: die den Christdemokraten angehörenden oder nahestehenden Initiatoren von LA EPOCA begannen frühzeitig mit der Ausgabe von Anteilscheinen unter ihrer traditionellen und immer noch einigermaßen zahlungskräftigen Klientel. Und gleichzeitig wurde eine Kampagne in den Oppositionszeitungen zum Voraus-Abonnement gestartet, die ebenfalls etliche Millionen Pesos in die Kassen brachte. Nur wenn eine bestimmte Anzahl dieser Voraus-Abos erreicht werden würde, könne man tatsächlich die Zeitung herausbringen, hieß es.

Komplizierter gestaltete sich da die Genehmigung durch das Pinochet-Regime. Die Verhandlungen zogen sich in die Länge, und nach dem fehlgeschlagenen Attentat auf Pinochet vom 7. September 1986 schien das neue Projekt sogar ein Opfer der verschärften Repressionswelle zu werden. Aber dann siegte beim Regime doch der Wunsch, sich nach außen das Mäntelchen der Liberalität umzuhängen.

Nun ist sie also da, von den oppositionellen Zeitschriften mit jener eigenartigen Mischung aus politisch motivierter Freude und wirtschaftlich verständlicher Eifersucht feierlich begrüßt. Letztere scheint unbegründet zu sein, denn wenn jemand LA EPOCA zu fürchten hat, dann sind es die regimetreuen Blätter, allen voran der MERCURIO ("Der MERCURIO lügt!"), der jedoch - von seiner ideologischen Ausrichtung abgesehen - eine hervorragend gemachte Zeitung ist. LA EPOCA kann da durchaus mithalten. Unverkennbar ist, daß die spanische Tageszeitung EL PAIS sowohl bei der Anordnung der Themen als auch beim Layout Pate gestanden hat. Doch LA EPOCA ist (und das verdient Respekt) übersichtlicher und insgesamt grafisch wesentlich besser gestaltet als das Vorbild aus Madrid. Viel mehr Fotos und deutlicher abgesetzte Artikel machen LA EPOCA zu einer wirklich handlichen und angenehmen Lektüre.

# La Epoca

Precio: \$70  
I y II Regionales: \$100  
XV y XVI Regionales: \$100

Santiago de Chile, miércoles 25 de marzo de 1987 - Año 1 N° 8



Almeyda saluda al salir del Segundo Juzgado del Crimen, rodeado de detectives y carabineros.

GUSTAVO PUELLER

Ex canciller de Allende ingresó clandestinamente al país después de 12 años de exilio.

## Almeyda se presentó ante la Justicia y el gobierno lo relegó

Tras conocerse su sorpresivo ingreso clandestino al país para ponerse a disposición de la justicia, y luego de que el titular del Segundo Juzgado del Crimen, Haroldo Brito, lo absolviera de su responsabilidad por presunta malversación de caudales públicos, con consulta a la Corte de Apelaciones, el gobierno determinó anoche la relegación del ex canciller Clodomiro Almeyda a la localidad aisenina de Chile Chico.

La medida administrativa, apli-

cada en virtud del artículo 24 de la Constitución, se materializó en los instantes en que Almeyda salió del tribunal, a las 20:45 horas, supuestamente con rumbo al cuartel central de Investigaciones, según el acuerdo a que se había llegado entre la policía, la defensa del ex canciller y el juez Brito.

Sin embargo, el ex canciller nunca ingresó al cuartel central de Investigaciones, porque el automóvil que debía trasladarlo hasta

allá, se dirigió a la segunda comisaría de la policía civil. Desde allí se lo llevó al aeropuerto de Cerillos, para volar con rumbo a Chile Chico, en la Undécima Región.

Tras doce años de exilio, Almeyda se puso a disposición de la justicia a las 15:15 horas, vistiendo un traje claro en tonos café y sin sus gruesos bigotes. Llegó acompañado por el abogado Luis Arévalo, que trabaja con Luis Orlitz Quiroga, a quien se encargó la defensa del ex canciller, acusado de malversar fondos públicos por un monto cercano a los 45 mil dólares.

En tanto, en el palacio presidencial se registró una urgente reunión convocada por el ministro del Interior.

En las últimas horas de anoche, los abogados del ex canciller realizaban gestiones para presentar un recurso de amparo en su favor, luego que constataran que no se encontraba en el cuartel central de Investigaciones.

Páginas 9 y 10

## Mariana Callejas: "Fernández Larios dice la verdad"

Mariana Callejas, la esposa del ex agente de la DINA Michael Townley, en entrevista exclusiva con La Epoca, aseguró que el ex mayor del Ejército Armado Fernández Larios, dijo toda la verdad en sus recientes declaraciones a un tribunal estadounidense sobre el caso Letelier. En su caso de Lo Curro, Callejas recordó su vida, su militancia en Patria y Li-

berrad y sus contactos con el personal de la DINA.

"Todos los mentirosos a Orosco durante el proceso", dijo, nienn-trax explicaba que ella no tuvo antecedentes sobre lo que se plañeaba. Sobre Michael Townley, dijo que todos lo abandonaron y que no lo ha vuelto a ver.

Página 11

## Aftosa: estudian ayuda a afectados

El ministro de Agricultura, Jorge Prado, informó ayer que el gobierno está estudiando un mecanismo que permita ayudar a los ganaderos perjudicados por el brote de fiebre aftosa.

La declaración responde a los llamados hechos reiteradamente por los ganaderos: la falta de in-

demnitzaciones por los animales sacrificados podría obligar a algunos a ocultar la enfermedad.

Jorge Prado dijo además que aún es prematuro imponer una veda en el consumo de carne o detener el tránsito de ganado en el territorio nacional.

Página 12



REOS HUNGAROS. Alrededor de 500 son los presos políticos recluidos en diversos presidios del país. Unos 250 de ellos participan actualmente en una huelga de hambre iniciada en la Cárcel Pública de Santiago el 25 de febrero, entre los que se encuentran Sergio Bustamán, Alfredo Matricó, José Moya y Claudio y Víctor Molina. La fotografía, captada dentro de la Panitenciaría, muestra a estos cinco reos que se han declarado responsables del ingreso ilegal de armas

Página 18

### EN ESTA EDICIÓN

Fue creado el Consejo de Defensa de la Educación

Página 15

Colo Colo y Cobreloa se enfrentan hoy en Calama por la Copa Libertadores

Página 20

Tomás Vidella estrena "El avaro" de Molière

Página 25

Investigación del PET revela los alcances del subempleo

Página 13

EE.UU. realiza las mayores maniobras militares en Honduras

Página 2

María de la Cruz, la senadora de carácter indomable

Página 32

### INDICE

Internacional	2
Efhorales	6
Política	8
Economía	12
Información nacional	15
Deportes	20
Cultura	23
Especiales	25
Servicios	30
Perfil personal	31
Estilos	32

## Nueva amenaza de muerte contra obispo Camus

El obispo de Linares, Carlos Camus, recibió ayer una nueva amenaza de muerte en la cual se le advierte que si no renuncia a su cargo eclesial, será eliminado, informó anoche la agencia UPI.

Familiares del obispo indicaron que la nota fue enviada "por mano" hasta su residencia de Linares y fue encontrada por su secretaria al leer la correspondencia que el obispo Camus continúa recibiendo luego de la situación producida hace casi un mes por sus declaraciones formuladas a un matutino de la capital.

La amenaza, redactada en forma manuscrita y firmada por "P. Benito", contenía varias groserías y luego se indicaba que si no renunciaba lo iban a matar.

Página 3

Wichtiger als die Äußerlichkeiten sind natürlich die inhaltlichen Aspekte. Hier wird sich erweisen, wieviel das Regime tatsächlich toleriert oder tolerieren muß. In den ersten vier Wochen sind die innepolitischen Themen – vor allem im Vergleich zu Zeitschriften wie APSI, ANALISIS und dem seit dem 14. April ebenfalls als Tageszeitung erscheinenden FORTIN MAPOCHO – eher zurückhaltend behandelt worden. Vorerst kann darüber spekuliert werden, ob das nur ein vorsichtiges Abtasten und ein taktisches Manöver zur Stabilisierung der Anfangsphase oder eben die grundsätzliche Linie einer christdemokratischen Politik ist. In einigen Monaten wird man das mit größerer Bestimmtheit sagen können.

Der außenpolitische Teil ist hingegen erstaunlich vielfältig und erfreulich klar hinsichtlich der politischen Bewertung von Vorgängen zumal in Lateinamerika. So war die Hauptschlagzeile auf der Titelseite vom 19. März Daniel Ortega gewidmet, der bereit sei, unter gewissen Umständen Militär-Basen der USA in Zentralamerika zu dulden. Und in der Ausgabe vom 31. März gab es einen großen Artikel, der das Treffen zwischen dem guatemalteken Präsidenten Cerezo und Daniel Ortega zum Anlaß nahm, die gesamte Mittelamerika-Politik der USA zu kritisieren.

Die Redaktion der LN wünscht LA EPOCA viel Erfolg und hofft, daß die neue Oppositionszeitung auch in einem weiteren Punkt Spaniens EL PAIS zum Vorbild hat: ein knappes Jahr nach der Gründung von EL PAIS starb der Diktator Franco und sein System brach zusammen.

## Hungerstreik nach Teilerfolg beendet

Der Hungerstreik der über vierhundert politischen Gefangenen in Chile (vgl. LN 158) wurde am 3. April beendet, nachdem die Erfüllung von zwei ihrer fünf Forderungen zugesagt worden war: Zusammenlegung der politischen Gefangenen, die wegen der Waffenarsenale und des Attentatsversuchs gegen Pinochet verfolgt werden, mit den übrigen politischen Gefangenen und eine ähnliche Besuchsregelung; nicht durchgesetzt werden konnten die Forderung nach Abschaffung der Militär-Sonderstaatsanwälte (fiscal ad hoc) und der Todesstrafe für politische Gefangene sowie deren generelle Freilassung.

Wohl aus der Einschätzung, daß auch durch Todesopfer die Diktatur sich nicht die Erfüllung der eigentlich politischen Forderungen abringen ließe, forderte die Nationale Koordination der politischen Gefangenen Vasili Carrillo auf, seinen Durststreik aufzugeben, als er am Rande des Todes schwebte; statt dessen setzte sie auf die Vermittlung der katholischen Kirche und die Einschaltung ziviler Richter, die die medizinische Versorgung der gesundheitlich am meisten bedrohten Häftlinge anordneten.

## BOLIVIEN

### Wessen Not Weizsäcker lindert

*Bei seiner Lateinamerikareise besuchte Bundespräsident v. Weizsäcker auch Bolivien. Vor dem bolivianischen Kongress hielt er am 23.3.1987 eine Ansprache, in der er mitteilte, daß die Entwicklungshilfe im laufenden Jahr von 50 Mio. (1986) auf 91 Mio. erhöht werden wird. 21 Mio. brauchten davon nicht zurückgezahlt zu werden. Die Bundesregierung werde darüber hinaus die Finanzhilfe zu erheblich günstigeren Bedingungen als bisher zur Verfügung stellen.*

*In den für den Sommer geplanten Regierungsverhandlungen sollen die Zusagen nach den Worten Weizsäckers in konkrete Entwicklungsprojekte umgesetzt werden. Man werde prüfen, ob von der Finanzhilfe von 70 Mio DM – der Rest ist Technische Hilfe – 30 Millionen DM für die Blei-Silber-Zink-Hütte Karachipampa bei Potosi bereit gestellt werden könnten. Die Bundesregierung wolle damit zur Modernisierung des bolivianischen Bergbaus und damit zur Linderung menschlicher Not beitragen.*

*Kurz vor diesen Zusagen zur Bereitstellung neuer Entwicklungshilfefelder, gab das 'Bolivien Forum', in dem seit 1985 die Boliviengruppen der BRD und Berlins zusammengeschlossen sind, eine Presseerklärung heraus, in der sie an die Verantwortlichen appellieren, ihre Entwicklungspolitik nicht in gewohnter Manier weiterzuführen.*

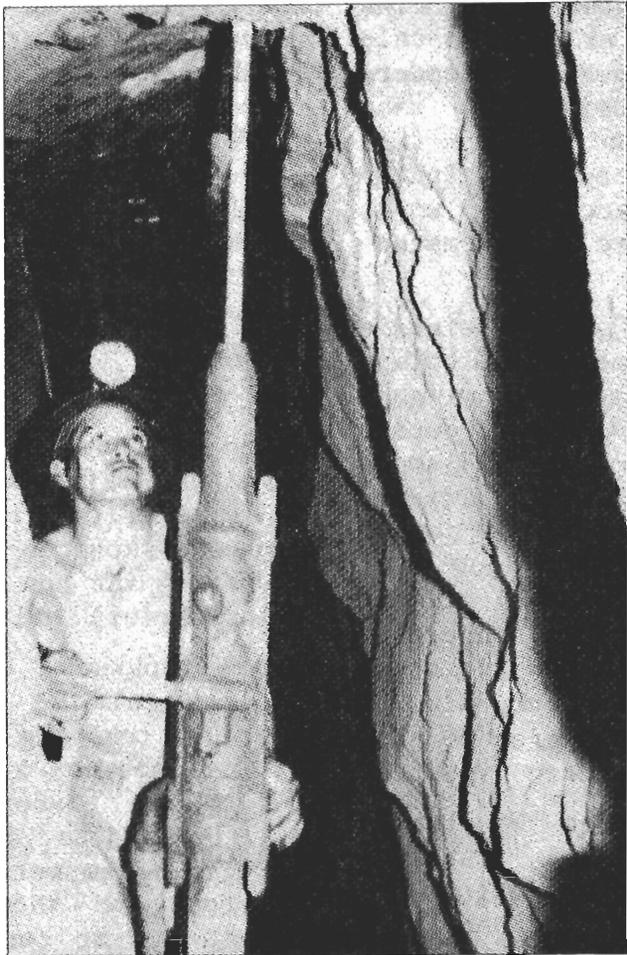
#### PRESSEERKLÄRUNG

In den letzten Monaten sind in Bolivien nahezu 19 000 Bergarbeiterfamilien ( von ehemals 28 000) arbeitslos geworden, die zumeist ohne Aussicht auf irgendwelche Einkommensquellen die Elendsviertel der Städte besiedeln. Grund genug, in Verbindung mit dem Staatsbesuch des Bundespräsidenten in Bolivien, auf die bedrückende Not dieser Menschen hinzuweisen und zur Suche nach Lösungsansätzen aufzufordern.

In der Geschichte Boliviens war der Bergbau-Sektor immer die wichtigste Einkommensquelle gewesen; die Wirtschaft lebte im buchstäblichen Sinne vom Schweiß und aufopferndem Einsatz der "mineros".

Durch die einseitige Ausrichtung auf den seit der Kolonialzeit florierenden Rohstoffexport – oder besser Rohstoffausverkauf –, von zuerst Silber, dann Zinn und verschiedenen anderen Edelmetallen, hat Bolivien entsprechend hart unter der weltweiten Wirtschaftskrise, dem Verfall der Rohstoffpreise, den immer teurer werdenden Industriegüter-Importen und dem damit explodierenden Verschuldungsdruck gelitten.

Nach der Revolution von 1952 wurde der grösste Teil des Bergbaus verstaatlicht und in der Staatsfirma COMIBOL zusammengefasst, allerdings wurden seither keine wesentlichen Investitionen in diesem Wirtschaftsbereich getätigt. Stattdessen flossen die erwirtschafteten Devisen in den Import von Luxusgütern und in andere Wirtschaftsbereiche. Insbesondere unter den Militärdiktaturen diente die COMIBOL zur schamlosen Bereicherung der herrschenden Funktionäre und durch Vetterleswirtschaft wurde der Verwaltungsbereich überdimensional aufgebläht - all dies auf Kosten produktiver Investitionen. Der Lebensstandard der Bergarbeiter blieb immer auf der niedrigsten Stufe, eine miserable Arbeits-, Gesundheits-, Bildungs-, und Wohnsituation mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung der "mineros" von 35 Jahren, waren die Folge.



Minero im Bergwerk

Die rechtskonservative Regierung von Paz Estenssoro, die 1985 die Macht übernahm, betreibt auf Druck des IWF einen unerbittlichen Privatisierungskurs u.a. auch der Staatsfirma COMIBOL. Die Bergarbeitergewerkschaften kritisieren dies heftig und haben auch Pläne zur Sanierung der COMIBOL erarbeitet, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Darin schlagen sie verschiedene Sparmaßnahmen vor, einen Abbau der aufwendigen Verwaltung, die Erbringung diverser Eigenleistungen statt einer Auftragsvergabe an dritte Firmen und vor allem produktive Neuinvestitionen insbesondere im Bereich der Erforschung und Ausbeute neuer gewinnversprechender Mineralien, wie z.B. Gold. Auch wenn der staatliche Bergbau-Sektor jahrzehntelang mit seinen Deviseneinnahmen die Wirtschaft Boliviens nährte und dabei ausblutete, so hat die COMIBOL doch eine gewisse Infrastruktur und Technologiekapazität, die genutzt und gezielt ausgebaut werden könnte. Stattdessen haben die bolivianische Regierung und internationale Entwicklungshilfe-Geber in den letzten Monaten die COMIBOL austrocknen lassen und umstrukturiert, wobei die rentablen Minenbereiche an nationale und internationale Privatfirmen übereignet werden sollen.

Die Privatisierung des staatlichen Bergbaus wäre allerdings nicht ohne die vorherige Zerstörung der sehr mobilen Bergarbeitergewerkschaften möglich gewesen. Daher bestand der entscheidende Schachzug der Regierung darin, den traditionell kampfproben Bergarbeitern der COMIBOL die wirtschaftliche Grundlage zu entziehen und sie durch die Massenarbeitslosigkeit politisch und sozial zur Bedeutungslosigkeit zu degradieren.

In diesem Zusammenhang ist ein Beispiel deutscher Entwicklungshilfe zu nennen, das den enormen Verschuldungsdruck Boliviens und damit die soziale Not der Bevölkerung erhöht, ohne auch nur den geringsten wirtschaftlichen Nutzen zu bringen: das Mammutprojekt des Hüttenbetriebes Karachipampa.

Obwohl der deutschen Herstellerfirma Klöckner, sowie den deutschen Kreditgebern bei Baubeginn 1981 bekannt war, daß die Hütte nur mit 51.000 Tonnen Erzkonzentrat rentabel arbeiten kann, die bolivianische Bergbaugesellschaft jedoch nur 22.000 Tonnen zusicherte und eine Verschlechterung der Rohstoffversorgung absehbar war, wurde die Maschinerie (dreimal teurer als bei anderen Herstellerfirmen) mit Genehmigung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit an Bolivien verkauft.

Seit Fertigstellung 1984 war die Hütte praktisch nicht in Betrieb. Bolivien brachte dieses Projekt 327 Mio DM Schulden, das sind ca. 5% der gesamten Auslandsverschuldung, andererseits jedoch nur rund 70 Arbeitsplätze (hauptsächlich Bewachungspersonal!). Bei der derzeitigen Arbeitslosenquote und der hohen Verschuldung eine wahrlich segensreiche Entwicklungshilfe - für die deutsche Herstellerfirma.



Aus all den genannten Gründen fordern wir die Bundesregierung auf, die Notsituation der Bergarbeiter als vordringlichstes Problem zu erkennen und nicht staatliche Mammutprojekte oder den Ausverkauf der bolivianischen Bodenschätze an internationale Privatunternehmen zu fördern.

Stattdessen müssen in Bezug auf die Verschuldung. Umschuldungsmechanismen gefunden werden, die direkt den ärmeren Bevölkerungsschichten als bisherigen Hauptleidtragenden der Verschuldungskrise, zugute kommen.

In Bezug auf die Not der arbeitslosen Bergarbeiter, sollte die Bundesregierung gemeinsam mit dem Dachverband der bolivianischen Bergarbeitergewerkschaften 'Federación Sindical de Trabajadores Mineros de Bolivia' sowie den Selbsthilfe-Organisationen der arbeitslosen Mineros nach Ansatzmöglichkeiten für die deutsche Entwicklungshilfe suchen. Die Mineros als direkt Betroffene haben schon diverse Vorschläge parat, die von der staatlichen Entwicklungshilfe nicht im sonst üblichen Sinn ignoriert und übergangen werden dürfen.

Sonthofen, den 20. März 1987

Forum der Bolivienruppen  
in der BRD und West-Berlin



# EL SALVADOR

»Wir werden in unsere Dörfer zurückkehren«

## AUTONOME WIEDERANSIEDLUNGSPROJEKTE VON FLÜCHTLINGEN

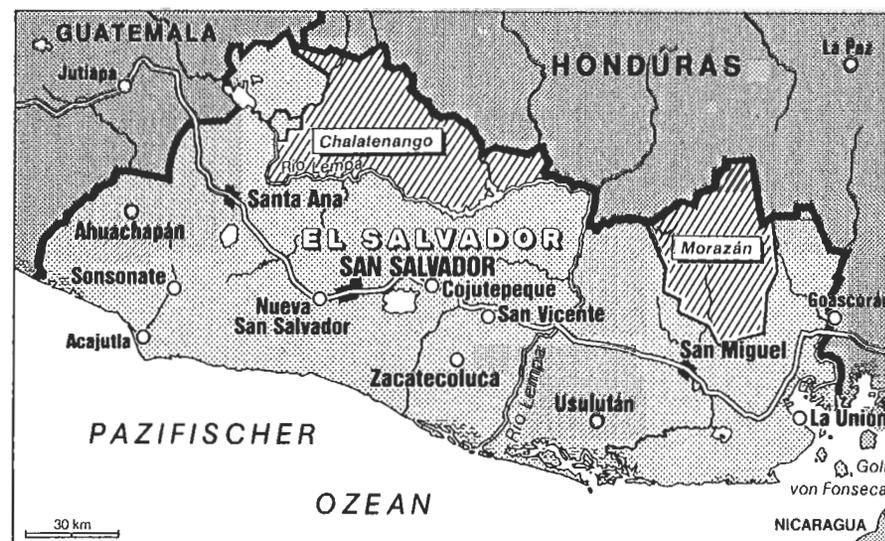
*Während der Regierung El Salvadors vorgeworfen wird, daß sie nach der Politik der "verbrannten Erde" nun Wiederansiedlungsprojekte in Form von Wehrdörfern betreibt, haben sich Flüchtlinge und Vertriebe zu einem Comité Nacional de Repoblación zusammengeschlossen, das die autonome Wiederansiedlung von Flüchtlingen organisiert.*

Jeder vierte Einwohner El Salvadors befindet sich auf der Flucht. Schätzungsweise 800.000 Menschen sind ins Ausland geflohen; die Zahl der Inlandsflüchtlinge oder Vertriebenen (desplazados) beläuft sich auf 600.000 bis 800.000 Menschen.

Angesichts einer militärischen Patt-Situation zwischen der Duarte-Regierung und der Befreiungsbewegung FMLN - keine der Kriegsparteien kann in absehbarer Zeit gewinnen - und angesichts schwacher Chancen auf eine Verhandlungslösung, sind Flüchtlinge und Vertriebene gezwungen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Die Gründung einer nationalen Koordination, dem Komitee für Wiederansiedlung (Comité Nacional de Repoblación, CNR) im Mai letzten Jahres und erste spektakuläre Wiederansiedlungen lenkten die Aufmerksamkeit auf einen bislang von der Öffentlichkeit vernachlässigten Bereich: die Situation der Angehörigen von in Massakern Umgekommenen, von Überlebenden der Flächenbombardements, der Vertriebenen in El Salvador.

Die Initiative der Vertriebenen, jetzt die Heimatorte wieder zu besiedeln, weckt Hoffnung, bedeutet einen Neuanfang. Die Vertreter des Komitees machen im Interview deutlich, wie wichtig den Betroffenen die eigenständige Veränderung ist. Nicht mehr zum Almosenempfänger verurteilt zu sein, den Slums der Hauptstadt zu entkommen oder die bedrückende Enge eines Flüchtlingslagers zu verlassen. der angestammten Arbeit als campesino nachzugehen ...

Natürlich wissen die vom CNR repräsentierten Vertriebenen um die großen Schwierigkeiten. Steht doch ihre Initiative im direkten Widerspruch zum regierungsamtlichen Programm der Aufstandsbekämpfung ("Unidos para reconstruir"), dessen dritte Phase ebenfalls Wiederansiedlungsprojekte durch (regierungsfreundliche) Gruppen einschließt. Die beiden ersten Phasen des unter US-Anleitung ausgearbeiteten Plans sind rein militärisch: nämlich "Säuberung" bestimmter Gebiete durch Vertreibung der Bewohner (Bombardierungen,



Einsatz von Bodentruppen), militärische Absicherung und Aufbau einer Art "Bürgerwehr" ("defensa civil" oder "autodefensa patriótica"). Einhergehen sollen alle drei Phasen mit intensiver Propaganda; stärker als früher legt man Wert darauf, die "Köpfe und Herzen der Bevölkerung zu gewinnen" (O-Ton General Blandón). Das soll auch mit materiellen Angeboten an siedlungsbereite Personen, Aufbau einer Infrastruktur und Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften erreicht werden.

Trotz US-Beratung, großzügiger Finanzierung (auch aus der BRD) und Beteiligung von Militärführung, Unternehmerschaft und Regierung (allein 8 Ministerien sind direkt dabei) scheint der Plan "Unidos para reconstruir" bei der Bevölkerung kaum Erfolg zu haben.

Umso gereizter war deshalb die staatliche Reaktion auf eigenständige Wiederansiedlungsversuche unabhängiger Vertriebenen und der CNR in Aguacayo bzw. dem Nachbardorf Barillo. Denn Aguacayo ist eines der Pilotprojekte der Regierung, Neubesiedlung im Rahmen des Aufstandsbekämpfungsplans.

Die internationalen Begleiter der unabhängigen Rücksiedler nach Barillo wurden sofort des Landes verwiesen; massive Militärpräsenz, Verhaftungen und pedantische Kontrollen; Besucher benötigen eine Erlaubnis der Militärspitze ...

Mit der Begründung, die Bevölkerung unterstütze die Guerrilla, werden Lebensmittel, Medikamente, Kleidung etc. nur in kleinsten Mengen nach Barillo gelassen. Die Menschen müssen zu Fuß nach Su-

chitoto gehen, um dort die materielle Hilfe des Erzbistums in Empfang zu nehmen.

An den beiden konkurrierenden Siedlungsprojekten Barillo (CNR) und Aguacayo (Staat) wird deutlich, welche Dynamik in den eigenständigen Projekten liegt, welche Herausforderung sie für das militärische Befriedungsprogramm der Regierung darstellen.

Mit Hilfe der Kirchen, von Menschenrechtsorganisationen und Solidaritätsgruppen im Ausland hat die CNR bisher vier Rücksiedlungen in vier verschiedenen Provinzen organisieren können:

SAN JOSE DE LAS FLORES (Chalatenango): ca. 700 Personen

EL BARILLO (Cuscatlán): ca. 450 Personen

SAN CARLOS, LEMPA (San Vicente): erfolglos, die Siedler wurden erneut vertrieben

PANCHIMILAMA (La Paz): 400 bis 600 Personen

Die jüngste Aktion in Panchimilama wurde am 31.1.1987 mit Unterstützung der Lutheranischen Kirche durchgeführt. Sie sollte (wie im folgenden Interview angedeutet) in den Weihnachtstagen stattfinden, mußte aber mehrfach verschoben werden.

Neben diesen von der CNR organisierten Rücksiedlungen ist die von der Katholischen Kirche organisierte Wiederbesiedlung von Tenancingo (Cuscatlán) zu nennen. Sie fand bereits im Januar 1986 statt und war verbunden mit Absprachen zwischen Kirchenleitung, der Militärspitze und der Guerrilla, um die beiderseitige Respektierung der Neutralität von Tenancingo zu erreichen. Während sich die FMLN an das Abkommen hielt, kam es wiederholt zu Operationen des Militärs in der Nähe der Siedlung. Als Besucher braucht man eine spezielle Erlaubnis der Militärspitze, um Tenancingo zu besuchen.

Besonders bedroht ist San José de las Flores. Der Zugang zum Dorf ist militarisiert, nur zwei internationale Vertreter des Erzbischofs haben einmal wöchentlich Zutritt. Hier kam es auch zu häßlichen Szenen, als Soldaten deutschen Journalisten Tonbänder mit im Dorf gemachten Interviews abnahmen und diese den in einer Kirche zusammengetriebenen Kindern vorspielten, um die Interviewpartner zu identifizieren (vgl. VORWÄRTS vom Nov. 1986).

#### INTERVIEW MIT DEM NATIONALEN KOMITEE FÜR WIEDERANSIEDLUNG

Das Interview wurde am 5.12.1986 in San Salvador geführt.

FRAGE: Wir haben von 3 Versuchen erfahren, zerstörte oder verlassene Orte wieder zu besiedeln: San José de las Flores, Aguacayo und San Carlos, Lempa. Der Wiederansiedlungsversuch von San Carlos, Lempa scheint gescheitert zu sein; uns würde die aktuelle Situation aller drei Ortschaften interessieren.

ANTWORT: Insgesamt 27 Familien (110) Personen kehrten am 20. Juni des Jahres (1986) nach San José de las Flores zurück. Seitdem folgten weitere Familien, und heute leben dort ungefähr 600 Per-



Kinder in einem Flüchtlingslager in El Salvador

sonen, Kinder, Alte, Erwachsene. Man hat sehr gut gearbeitet und sie können auf die Hilfe der christlichen Gemeinschaft zählen, so daß die Produktion auf allen Ebenen begonnen werden konnte. Es gibt einen Volksverkaufsladen und eine kleine Bäckerei. Das größte Problem im Moment sind für uns die Regierung und das Militär. Z.B. kam es wiederholt zu Verhaftungen, u.a. am 9. Oktober, als man 9 Bewohner verhaftete. Vor kurzem wurden fünf Personen verhaftet. Das Ganze ist eine Einschüchterungskampagne. Die

Streitkräfte unterstellen, daß die an ihre Orte zurückkehrenden Leute zur sozialen Basis der FMLN gehören. Das stimmt nicht; wir als nationale Koordinierungsstelle für Wiederansiedlung sind selbst Vertriebene und Betroffene und wir arbeiten für die Betroffenen. Wir haben überhaupt keine Verbindung zur Guerrilla. Man hat die Lieferung von Getreide und Medizin gestoppt, ebenso werden Solidaritätsbesuche internationaler Delegationen nicht erlaubt. Das Militär läßt niemanden durch nach San José de las Flores. Sie behaupten, die Leute würden einen Teil der Kleidung, der Medizin oder der Lebensmittel für sich behalten und einen anderen Teil der FMLN übergeben.

F: Dann sind also überhaupt keine internationalen Vertreter in San José de las Flores?

A: Doch, es gibt zwei Vertreter des Sozial-Sekretariats des Erzbischofs. Trotz aller Probleme mit den Behörden geht es den Leuten gut, die Moral wird aufrechterhalten durch die Hoffnung auf einen friedlichen Wiederaufbau und die freie Gestaltung des eigenen Lebens. (...)

F: War es nicht möglich, im Vorfeld der Wiederansiedlung die Zustimmung der Regierung oder der Militärspitze zu bekommen, vielleicht mit Hilfe der Vermittlung des Erzbischofs?

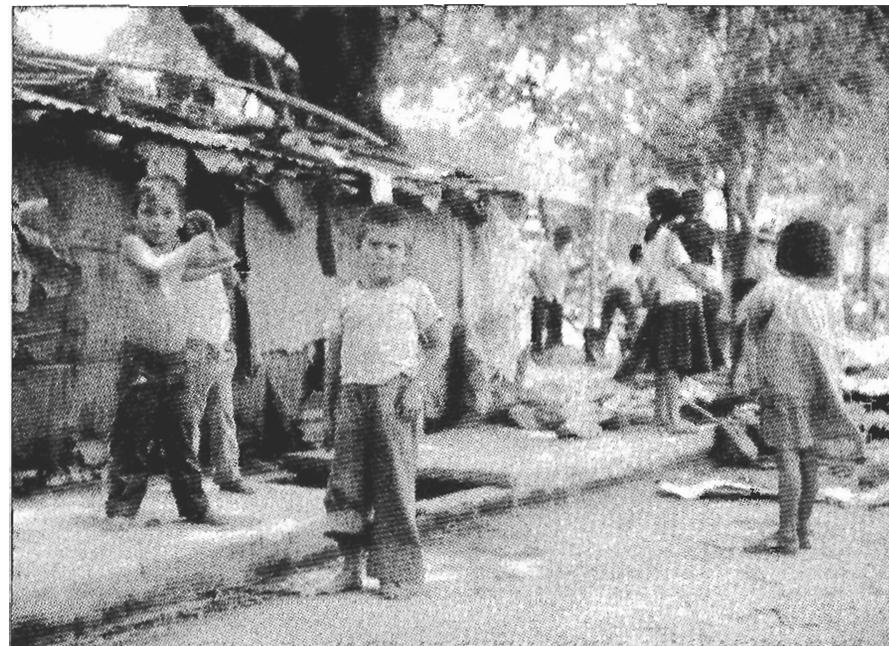
Wir sind eine neue Organisation und haben wenig Erfahrung. Wir übersandten eine schriftliche Mitteilung an den Präsidenten und an den Oberbefehlshaber der Streitkräfte, außerdem informierten wir den Erzbischof Rivera y Damas sowie andere Menschenrechtsorganisationen. Wir baten Duarte um Erlaubnis, an unsere Wohnorte zurückkehren zu dürfen. Wir erhielten keinerlei Antwort und wir wissen, daß unser Vorhaben nicht mit den Regierungsplänen übereinstimmte.

F: Ich glaube, die Versuche der Betroffenen mit Eurer Hilfe in ihre Heimatsorte zurückzukehren sind sehr wichtig. Sie sind Träger neuer Hoffnung und setzen positive Zeichen.

A: Unsere Organisation entstand aus der Not der Vertriebenen und Flüchtlinge, insgesamt eineinhalb Millionen Menschen im Inland und Ausland, in Honduras, Mexico, Panama, Costa Rica, den USA und anderen Ländern. Wir arbeiten hart, um die Voraussetzungen für die Rückkehr der Flüchtlinge zu verbessern. Das ist die große Hoffnung dieser Menschen. Die Folgen des Erdbebens vom 10. Oktober machen alles noch viel schwieriger. Die Geschädigten des Erdbebens sind die Vertriebenen und Flüchtlinge in der Hauptstadt. Diese Katastrophe traf UNS und wir leben mit einem doppelten Problem.

F: Wie ist die augenblickliche Situation in Aguacayo?

A: Wir gingen am 15. Juli, aber nicht direkt nach Aguacayo, sondern nach Barillo in der Nähe. Dort hatten wir noch etwas Landbesitz, denn im Rahmen einer Kooperative hatten wir neun Jahre lang



Slumviertel in El Salvador

dafür bezahlt. Das Militär und auch einige Leute in Aguacayo waren nicht damit einverstanden, daß wir direkt ins Dorf Aguacayo gingen. Also gingen wir nach Barillo und dort blieben wir. Am folgenden Tag erschienen sämtliche Sicherheitskräfte, die Nationalgarde, die Polizei, der Militärführer von Suchitoto Caranza Palomo, die Bürgerwehr. Man sagte uns, wir könnten nicht bleiben, wir befänden uns im Konfliktgebiet und die Militäroperation FENIX wäre noch nicht abgeschlossen. Wir sagten ihnen, daß wir nicht nach San Salvador zurückkehren wollten, um erneut in Flüchtlingslagern zu leben. Das haben wir hinter uns, drei Jahre lang, ohne die Möglichkeit zu arbeiten – wie ein Bettler auf Almosen angewiesen. Die Leute wollten endlich wieder arbeiten, sie brannten darauf, endlich wieder selbst zupacken zu können. Am nächsten Tag gab es eine dieser neuen Aktionen: sie brachten uns Spielzeug, und Süßigkeiten, boten an, Haare zu schneiden oder Zähne zu ziehen. Diesmal sagten sie uns, sie wollten uns helfen. Eben eine dieser neuen Aktionen, um sich beliebt zu machen. Wir sprachen mit den Soldaten und sie warfen uns erneut vor, Verbindungen zur FMLN zu haben. Wenn wir die wirklich gehabt hätten, wären wir niemals an den gleichen Ort zurückgekehrt. Das ist absurd! Die Leute in Barillo arbeiteten gut: Sie konnten schon Mais ernten und Gemüse; die ersten kleinen Häuser stehen, sie bauen an den Toiletten, einem Wassersystem; eine kleine Schule und ein Gesundheitsposten existieren schon.

F: Wer hat euch bzw. den Rückkehrenden finanziell geholfen?

A: Die Kirche und die internationale Solidaritätsgemeinschaft. Wir selbst haben keinerlei Mittel, alles läuft mit internationaler Unterstützung. Wir sind sehr mit eurem Besuch zufrieden, denn so könnt Ihr euch ein Bild machen von der Bedeutung der finanziellen Bedürfnisse.

In Barillo wollen sie eine Kinderkrippe und eine regelmäßige Kinderspeisung einrichten.

Trotz der eigenen Schwierigkeiten haben die Leute sogar den Erdbenenopfern in der Hauptstadt geholfen und haben Gemüse und Fische verteilt.

F: Warum konnte der dritte Versuch einer Wiederansiedlung (in San Carlos, Lempa) nicht erfolgreich durchgeführt werden?

A: Entschuldige, aber ich möchte erst noch etwas zu Barillo sagen. Die Bereitschaft der Leute, sich für ihre Rückkehr einzusetzen und Schwierigkeiten in Kauf zu nehmen, ist sehr groß. Diese Menschen können nicht in der Stadt leben, daran sind sie nicht gewöhnt, sie kommen vom Land und sind Bauern. Außerdem mangelt es in der Stadt an geeigneten Wohnmöglichkeiten, es gibt keine Arbeit etc.

Ich kann dir versichern, alles Geld, was ihr und die internationale Solidarität uns schickt, wird vernünftig und gut eingesetzt. Unser Ziel ist, den Wiederansiedlungsprojekten zunächst finanziell zu helfen, um später, wenn diese sich stabilisieren und wachsen, von den Projekten Gelder zu erhalten, um die CNR als nationale Organisation ausbauen zu können.

Ein Problem, das ich vorhin nicht erwähnte, ist die Verhaftung und Ausweisung von 22 Internationalisten nach Guatemala eben derjenigen, die uns zu unserem Schutz begleitet hatten und uns beim Wiederaufbau helfen wollten. Außerdem gab es einige kurzfristige Verhaftungen. Eine Militärbasis liegt in der Nähe von Barillo und wenn man z.B. zum Fischfang an den Fluß gehen will, muß man dort vom Kommando die Erlaubnis vorher einholen.

F: Wieviele Menschen leben in Barillo?

A: Momentan sind es 92 Familien, insgesamt 418 Personen.

F: Wie kam der Mißerfolg von San Carlos, Lempa zustande?

A: Es handelte sich um Leute aus einer der Konfliktzonen des Krieges. Wegen der wahllosen Bombardierungen und des Terrors der Bodentruppen sahen sie sich gezwungen, ihre Dörfer und Weiler zu verlassen. Sie kommen aus Cayetano, El Chile, San Bartoleo, San Mico, El Mono. In Eigeninitiative beschlossen sie, in San Carlos einen Neuanfang zu versuchen und benachrichtigten uns in der Hauptstadt durch einen Boten. Wir sandten eine Delegation und übernahmen die Koordination der Hilfe, Lebensmittel, Kleidung und etwas Geld.

Am 17. August kamen zwei Panzerspähwagen und sieben mit Soldaten

besetzte Lastwagen unter der Leitung von Coronel Inocente Montano. Sie sagten der Bevölkerung, sie wollten Lebensmittel verteilen, alle sollten sich auf der Straße versammeln. Das geschah und anschließend wurden 84 Personen mit Gewalt verhaftet und fortgebracht in eine Kaserne. Die Männer wurden auf verschiedene Einrichtungen der Sicherheitskräfte verteilt, mit verbundenen Augen und an Händen und Füßen gefesselt. Die Frauen wurden in eine Scheune gesperrt, darunter auch eine Hochschwangere. In der unwürdigen Situation und unter den Augen der bewachenden Soldaten kam ihr Kleines zur Welt.

Wir baten um Hilfe und informierten die Menschenrechtsorganisationen, das Internationale Rote Kreuz, den Erzbischof, die nichtstaatliche Menschenrechtskommission. Das Rote Kreuz begab sich an Ort und Stelle; mit Hilfe der Kirche und der anderen Gruppen konnten die Leute aus den Händen des Militärs befreit und in das kirchliche Flüchtlingslager Calle Real gebracht werden. Dort befinden sie sich heute noch.

Im Moment planen wir eine neue Wiederansiedlungsaktion. Alles ist soweit vorbereitet, Lebensmittel, Saatgut, Küchenmaterial, Wellblech und Hölzer für den Hüttenbau, außerdem internationale Begleiter. Mehr als 475 Flüchtlinge und Vertriebene werden sich beteiligen. Sie sind sehr entschlossen zurückzukehren und wollen alle Schwierigkeiten überwinden. Sie sagen, nicht in ihre Heimat-



orte zurückkehren zu können, käme dem gleich, bald zu sterben. Wir hoffen, daß dieser neue Versuch weniger schwierig wird hinsichtlich der Repression durch die Sicherheitskräfte.

F: Könnten die Vereinten Nationen euch nicht finanziell unterstützen?

A: Bisher gab es keine Möglichkeiten, aber wir wollen uns mit Vertretern der UNO zusammensetzen, um zu sehen, ob sie uns irgendwie unterstützen können. Die Bedürftigkeit, die Not der Leute ist riesig. Es gibt keine Arbeit, es reicht nicht zum Überleben. Die Leute wohnen am Rand der Abwasserbäche, auf dem Bahndamm, unter den Brücken, in Hütten aus Wellblech, Pappe und Plastik, ohne sich in der Nacht warm zudecken zu können, Mangelkrankheiten, Unterernährung ... Wir sind wirklich hart getroffen, aber es gibt noch viele andere, denen es noch schlechter geht als uns. Wir wollen endlich in unsere Heimatorte zurückkehren, frische Landluft atmen, uns im nahen Fluß baden können, den Mais säen, Tiere halten. Aber hier in der Stadt? Wo sollen wir hier unsere Hühner, ein Schwein oder eine Kuh halten? Dafür gibt es hier keinen Platz. Uns fehlen die einfachsten Möglichkeiten, um als freie Personen zu leben.

F: Auch die Regierung hat einen Plan aufgestellt, der eine Wiederansiedlung einschließt. Zwischen Unternehmern, der Militärführung und der Regierung wurde der Plan "Gemeinsam für den Wiederaufbau" (Unidos para reconstruir) ausgearbeitet. Gibt es gelungene Wiederansiedlungen im Rahmen dieses Programms?

A: Das ist eigentlich ein alter Plan, nur der Name wurde geändert. Früher hieß das Programm CONARA (Comité Nacional de Restauración de Areas) und hatte eine gut ausgebaute Organisationsstruktur auf Provinz-, Kreis- und Ortsebene. Es war und ist ein Plan im Rahmen der Aufstandsbekämpfung, der im wesentlichen militärischen Zwecken dient. Er stammt von den US-Beratern. Die großartige Struktur dieses Programms ist ein Phantom, denn es fehlt der menschliche Faktor. Sie haben keine soziale Basis.

F: Gibt es Wiederansiedlungen im Rahmen dieses Programms?

A: Den ersten Versuch machten sie vor kurzem in Montepeque in Cuscatlán. Wir können noch nicht einschätzen, inwieweit sie die ökonomische Hilfe systematisieren werden oder ob sie fachliche Beratung haben. Sie haben allerdings die Unterstützung solcher Gruppen wie dem Malteser-Orden oder von US-amerikanischen Beratern.

Die Leute, die als "Vertriebene" mit ihnen zusammenarbeiten, haben eigene Häuser in San Salvador und haben ihren Landbesitz verlassen. Auf diese Art wollen sie wieder zu Land kommen. Oft sind es Leute, die Verbindungen zur "defensa civil" (eine Art Bürgerwehr) haben oder direkt mitgemacht haben. Wir dagegen haben nichts mit der "defensa civil" zu tun und wollen das auch nicht. Ein anderer Ort ihrer Aktivitäten ist das Dorf Aguacayo. Dort

sind ihnen die Leute weggelaufen, weil sie nicht an der "defensa civil" teilnehmen wollten. Das Einzige, was sie wirklich gemacht haben, ist der Bau eines Gemeinschaftshauses. Stell dir vor, in einem zerstörten Dorf nur ein einziges intaktes Haus. Das sieht sehr seltsam aus.

Die Regierung hat keine soziale Basis, sie verfolgt den Zweck, die Position der Streitkräfte durch den Aufbau einer "Bürgerwehr" zu stärken.

F: Dann ist es also eine regierungsamtliche Lüge, daß bereits mit Erfolg 10.000 Personen wiederangesiedelt worden seien?

A: Ja natürlich. Auch wenn sie uns mit Gold locken würden, werden wir uns nicht dazu bereit erklären, uns einfach ihren Zielen unterzuordnen.

Sie haben unsere Familien umgebracht, unsere Söhne verschwinden lassen. Wie sollen wir unter ihrer Obhut zurückkehren? Wir werden in unsere Dörfer zurückkehren. Aber in Eigeninitiative und nach eigener Entscheidung. Wir wollen unser Leben selbst bestimmen. Wir sind die Organisation aller Flüchtlinge und Vertriebenen, aber wir brauchen Menschen, die bereit sind, in der Gruppe, im Kollektiv zu leben. Wir können dieses Problem nicht individuell lösen. Wir streben an, daß sich die Leute in Kooperativen organisieren. Es soll Gemeinschaftseinrichtungen geben für die Produktion und die Versorgung mit Lebensmitteln. So werden die Leute nach und nach lernen und ihre Haltung zum Gemeinschaftlichen wenden. Sie werden sehen, daß sie alles haben, was sie brauchen: Schuhe, Kleidung, Essen Hüte, Stoffe ... Ich finde es toll, die Menschen zum gemeinsamen Lernen zu bringen. Alle sollen arbeiten, damit alle zu essen haben!

Im Gegensatz zu unseren Ideen ist der Regierungsplan so aufgebaut: Zuerst werden die Projekte geplant; Wasserversorgung, Licht, Schulgebäude. Sie finanzieren alles und beginnen zu arbeiten. Es fehlt ihnen nicht an Lastwagen usw., was ihnen fehlt, sind die MENSCHEN.

F: Habt ihr euch schon mit den Möglichkeiten einer Rückkehr der Flüchtlinge aus Honduras beschäftigt? Immerhin leben dort ca. 20.000 Menschen.

A: Wir konnten noch nicht viel darüber nachdenken. Es gibt so viel im Inland zu tun, und die Rückkehr der Flüchtlinge aus Honduras ist eine große Sache. Wir gehen davon aus, daß wir zuerst die Inlandsflüchtlinge und Vertriebenen wieder ansiedeln, um danach dieses große Problem anzupacken. Dazu werden wir viel Hilfe benötigen. Zum einen die Koordination zwischen uns und den Landsleuten in Honduras. Aber nicht nur das: Wir brauchen vor allem Garantien der Regierung, die eine sichere Rückkehr ermöglichen. Vorher ist eine Rückkehr all dieser Menschen undenkbar. Solange müssen sie dort ausharren.

Außerdem brauchen sie annehmbare und ausreichende Einstiegsbedingungen. Wir wollen vermeiden, daß die Regierung die Rückkehrer

im Rahmen ihrer Propaganda mißbraucht als Beweis für die angebliche Demokratisierung des Landes. Daß sie erst auf die massenhafte Rückkehr verweisen, um später uns und die aus dem Exil zurückkehrenden Flüchtlinge zu unterdrücken.

F: Ich danke euch herzlich für dieses Gespräch und wünsche euch viel Erfolg für eure wichtige Arbeit.



## LESERBRIEF

### »Waffen für El Salvador?!«

Zu dem in den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN Nr. 156 erschienenen Artikel "Waffen für El Salvador?!" erreichte uns der folgende Leserbrief.

"Waffen für El Salvador" - ein Thema, das wichtig genug ist und darüberhinaus ausreichend Stoff liefert, um einer ernsthaften und tiefergehenden Diskussion wert zu sein - sollte man und frau meinen. Ein Thema, wichtig für den Befreiungsprozeß in El Salvador selbst, das aber auch die Solidaritätsarbeit ( von einer Bewegung zu sprechen wäre zur Zeit wohl übertrieben ) in der BRD und vor allem deren Stand kennzeichnet.

Viel zu oft aber wird die Diskussion auf einer Ebene unerträglicher Plattheiten und Oberflächlichkeit geführt, sie verkommt zum Schlagabtausch zwischen der Engstirnigkeit derer, die dem Mythos der "Waffen" ( wohlgerne nicht des bewaffneten Befreiungskampfes, der umfaßt nämlich sehr viel mehr ) und derer, die dem ebenso gefährlichen Mythos einer Befreiung und Klassenkampfes "auf friedlichem Wege" verfallen sind. "Verfallen" ist wohl der richtige Ausdruck dafür, denn viele der Argumentationen sind kaum noch rational zu fassen.

Paradebeispiele hierfür sind der Kommentar von Max Thomas Mehr in der TAZ (5.1.87) und leider auch einige der Antworten auf der TAZ-Leserbriefseite ( vor allem Teil I und II vom 12. und 13.1.87 ). Besonders ärgerlich finde ich es aber, daß auch ihr, die Redaktion der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN sich auf ein derart niedriges Niveau begibt und diesen dürftigen ( um nicht zu sagen dümmlichen - entschuldigt den Ausdruck, ist nicht persönlich gemeint ) Beitrag zum Thema abgedruckt hat.

Gemeint ist der zweite Artikel in Nr. 156 "Waffen für El Salvador?!" (S. 60-62), der weit hinter die zuletzt eingebrachten Diskussionsbeiträge in der TAZ vom 21.2.87 ( z.B. der von Ricardo Ribera oder vom El Salvador Komitee Frankfurt ) zurückfällt.

Da nicht namentlich gezeichnet, nehme ich an, daß es sich um einen redaktionellen Beitrag handelt - umso schlimmer, wie ich finde. Konkret zum Artikel:

Das fängt bei Kleinigkeiten an, die aber durchaus das Gesamtbild erheblich verzerren können. Da schreibt ihr: "Heute wissen wir, daß dieser Krieg mit Waffen kaum

mehr zu gewinnen ist, daß das die FMLN so einschätzt und sich um Verhandlungen bemüht ..." - wenn Ihr das wißt ( und so weitergeht ), ist das Eure Sache, auch wenn mich brennend interessieren würde, woher Ihr das wißt. Die FMLN aber hat lediglich erklärt, daß dieser Krieg nicht rein militärisch, d.h. allein mit Waffen zu gewinnen ist - und diese Formulierung unterscheidet sich erheblich von Eurer Aussage. Für die FDR/FMLN sind Verhandlungen nämlich integraler Bestandteil einer politisch-militärischen Gesamtstrategie, in der das Eine nicht ohne das Andere zum Erfolg führen kann.

Glaubt man/frau den Autoren/Autorinnen des Artikels, so gibt es in der Solibewegung eben auf der einen Seite die "Sektierer" und Erpresser, die dem Fetisch "Waffen" anhängen und alle anderen als "kleinbürgerlich" verdammten und auf der anderen Seite die, die sich weigern "schamvoll zu schweigen" und nicht denen "nachlaufen" wollen, die nach "Waffen schreien", die sich nicht erpressen lassen wollen etc. etc. ...

So einfach ist das also - viel zu einfach wie ich finde. Vielleicht wäre es wirklich besser gewesen, Ihr hättet "schamvoll geschwiegen" - zumindest solange, bis Ihr Euch z.B. über das Verhältnis zwischen Massenbewegung und Guerilla ( warum vergeßt Ihr eigentlich immer, daß es sich um ein Bündnis FDR/FMLN handelt? ) informiert habt. - Oder darüber, "was für die FMLN im Moment von Nöten ist" Defizite, die ihr im Artikel ja selbst zugebt. Was dieses Verhältnis angeht, braucht Ihr Euch doch bloß die Forderungen und Erklärungen der UNTS (UNIDAD NACIONAL DE LOS TRABAJADORES SALVADOREÑOS - weitaus größter oppositioneller Gewerkschaftszusammenschluß) näher zu betrachten.

Dieses breite Bündnis, das zu einem großen Teil auch aus der enttäuschten, desillusionierten, christdemokratischen Basis Duarte besteht ( u.a. staatliche Angestellte, Kleinbauern, indigene Bevölkerung und städtische Arbeiter ) und seit der Gründung stetig an Bedeutung gewinnt.

Die Hauptforderungen der UNTS sind nämlich:

- Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Bauern, Indianer und Arbeiter;
- Einhaltung der Menschenrechte und gerechte Bestrafung der Verantwortlichen für die Morde und Massaker der vergangenen Jahre;
- Organisationsfreiheit für die Massenorganisationen des Volkes und Rückgabe der ihnen genommenen finanziellen und räumlichen Mittel;
- eine wirkliche Agrarreform;

und vor allem: - der Kampf für die Wiedergewinnung der nationalen Souveränität des salvadorianischen Volkes.

Alles Forderungen, die enthalten sind im Programm der FDR/FMLN ( vgl. Kommunique "Zur Bildung einer Provisorischen Regierung der Breiten Beteiligung" vom 31.1.84 - und immer noch gültig! ); - wer es sich schicken lassen will: Vertretung der FDR/FMLN in der BRD, Schuhmannstr. 13 in Bonn -.

Eine Forderung habe ich in der Aufzählung bewußt weglassen: nämlich die nach einem politischen Dialog der Duarte-Regierung mit der FDR/FMLN. Spätestens nach dem gescheiterten Treffen in Satori ist der Bevölkerung klar geworden, daß Duarte weder verhandeln will noch kann - das nach Aussagen des Vertreters der UNTS. Das heißt: eine politische Forderung, um Duarte bloßzustellen und damit genau in dieselbe Kerbe schlagend wie die Propaganda der FDR/FMLN - und das von Gewerkschaften, die wie ANIS ( Organisation der indigenen Bevölkerung El Salvadors ) noch 1984 voll hinter Duarte standen und den Sozialpakt mit ihm abschlossen .

Wem das noch nicht genug ist zur Stellung der wachsenden Massenbewegung im Befreiungskampf, den verweise ich auf das Gespräch zwischen Vertretern der UNTS und Vertreter/innen der bundesdeutschen Soligruppen am 23.1.87 in Bonn ( wer nicht dabei war, die vollständige Mitschrift ist erhältlich bei der Infostelle El Salvador, Hofaue 51 in Wuppertal ).

Die UNTS-Vertreter machten dabei deutlich:

Duarte ist völlig isoliert, das Volk glaubt ihm kein Wort mehr; die US-Regierung ist es, die El Salvador regiert; es herrscht die "zivile Diktatur" in Anzug und Krawatte und, jetzt wörtlich: "... und andererseits weiß das Volk auch, daß es in El Salvador eine bewaffnete Bewegung gibt, und das verlieren wir auch nicht aus den Augen (...) heute geht es darum, können wir leben oder müssen wir sterben".

Was soll da das Jammern, Euch fehle die Perspektive? Perspektiven entstehen nur da, wo zuvor eine fundierte Analyse stattgefunden hat und, das vor allem an Euch als Zeitungsmacher, nach genauer Recherche!

Ihr wißt nicht, was für die FMLN im Moment "von Nöten" ist. Da bleibt mir fast die Spucke weg - wie wäre es denn mal mit lesen? Zum Beispiel im Projektvorschlag der COFIN ( Finanzkommission der FMLN ) zur Unterstützung des Kampfes der Südwest-Front, also in dem für das Regime strategisch wichtigsten Gebiet.

Die FDR/FMLN ist dabei, in dieser Region "eine Kraft aufzubauen, die Anstoß und Hilfestellung in der Arbeit geben und breite gesellschaftliche Sektoren in den Kampf, der sich hier entwickelt miteinbeziehen kann."

Dieser politisch-militärische Kampf beinhaltet als erstes den Aufbau politisch arbeitsfähiger Strukturen, als direkte Verbindung zwischen Bevölkerung und Guerilla; als zweiten Schritt, die Ergänzung dieser Arbeit und deren Schutz zugleich, durch den Aufbau militärisch operierender Einheiten.

Zur Versorgung der etwa 300 Mitglieder dieser Front "Feliciano Ama" werden aus den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kleidung und Ernährung Hilfsgüter benötigt (die komplette Liste ist über die Infostelle in Wuppertal zu erhalten).

Die Bundeskonferenz der Mittelamerikagruppen Ende November in Berlin hat nach den Soligruppen in der Schweiz und Süddeutschland beschlossen, daraus eine bundesweite Kampagne zu machen.

In diesem Projekt wird die Chance gesehen, den eigentlichen Gehalt der "Waffenkampagne", nämlich die Einsicht in die Notwendigkeit, politische Arbeit und bewaffneten Kampf als Einheit zu begreifen, wieder mit Leben zu füllen und die Diskussion darüber in einer breiten linken Öffentlichkeit neu anzufachen.

Das eigentliche Waffenkonto bleibt - und da sind die Diskussionen auch schon weiter als in Eurem Artikel - Sache der TAZ, und es wird vom Ergebnis deren interner Auseinandersetzung abhängen, ob und in welcher Form es wiederbelebt werden soll.

Eine wichtige Funktion hat das Waffenkonto einmal mehr erfüllt: es hat Diskussionen provoziert. Aber bitte laßt uns diese Diskussionen endlich von diesem armseligen Schwarz-Weiß-Denken wegbringen.

Aus diesem Grund möchte ich Euch vorschlagen, diesem mißlungenen Versuch in Nr. 156, zum Thema etwas beizutragen, einen Artikel über die anlaufende Kampagne "Unterstützung für die Südwestfront - Feliciano Ama" in El Salvador folgen zu lassen.

Ob und wie erfolgreich diese Kampagne aufgenommen wird, wird nicht zuletzt von den Medien der Solibewegung und damit auch von Euch abhängen.

Das Projekt könnte einen wichtigen Schritt nach vorne für die Solibewegung bedeuten.

Venceremos! ( Wenn unsere Arbeit, unser Kampf, unsere Unterstützung für das Volk von El Salvador, unser Internationalismus insgesamt, so zäh wäre, wie Ihr das den Parolen vorwerft, dann wären wir schon sehr viel weiter! )

#### Altertümlicher Spendenaufruf

1. Wir rufen auf, zu spenden für die Süd-West-Front „Feliciano Ama“ der „Nationalen Befreiungsfront - Farabundo Martí“ in El Salvador.  
Vielleicht findest Du es altertümlich, heutzutage noch für eine Nationale Befreiungsbewegung zu spenden - in Vietnam, hat man ja gesehen, was daraus geworden ist. Na, was denn - wir können uns gern mal darüber unterhalten.  
Wir unterstützen die salvadorianische Revolution seit ein paar Jahren und sehen keine Alternative zur FDR/FMLN. Im Gegenteil: ohne sie, ohne eine Befreiungsbewegung, die vielleicht nicht alle Wähler vertritt, aber Volk ist, wäre die US-Regierung ihrem Ziel viel näher: Friedhofsruhe im Hinterhof Mittelamerika.
2. Wir rufen auf zu spenden - und geben keine Spendenquittungen dafür.  
Das ist vielleicht auch altertümlich. Aber hierzulande kann kein eingeschriebener Verein für einen „guten Zweck“ sammeln, der unter anderem auch mit dem bewaffneten Kampf erreicht werden muß.  
Wir haben nichts dagegen, dort wo es geht, Spenden von der Steuer abzusetzen, denn so realistisch wie die Flicks sind wir allemal. Von denen unterscheiden wir uns dadurch, daß wir eben nicht nur zu diesem Zwecke spenden.
3. Wir rufen auf zu spenden, tun dies mit diesem Flugblatt, mündlich, wo wir eben Gelegenheit dazu haben und sei es bei unpassenden Gelegenheiten. Einen Computer haben wir dafür nicht zur Verfügung.  
Das ist vielleicht auch altertümlich, aber Immerhin brauchen wir auf diese Art und Weise keine Daten und Dateien klauen wie das Versandhaus Quelle oder Greenpeace.

Wenn Dir diese altertümliche Art und Weise Spenden zu sammeln gefällt, dann spende reichlich und lade andere dazu ein - eben auf ganz altertümliche Art.

Mittelamerika-Sekretariat e.V. Stichwort „Südwest-Front“ Postgiroamt München

# Kto.Nr. 720 60-802

# GUATEMALA

## Vinicio Cerezo »aktive Neutralität«

Seit Januar 1987 hat Guatemala den Vorsitz der Gruppe der 77 in der UNO inne, d.h. Sprecher der in der UNO mehrheitlich vertretenen Dritte-Welt-Länder ist eines derjenigen, das am meisten unter den Verletzungen der Menschenrechte leidet.

Diplomatischen Quellen zufolge hat sich die mexikanische Regierung für die Ernennung Guatemalas eingesetzt, die übrigen Mitglieder der Gruppe 77 hatten keine Einwände. Die letzte Resolution der UNO-Generalversammlung, in der nicht weniger als 124 Länder die Entwicklung in Guatemala befürworteten (18 Enthaltungen, keine Gegenstimme), zeigt, daß die internationale Gemeinschaft die Regierung Vinicio Cerezo grundsätzlich unterstützt.

Zurückzuführen ist diese Haltung auf eine Reihe von internationalen Aktivitäten Vinicio Cerezos christdemokratischer Regierung, insbesondere auf seine Politik der "aktiven Neutralität" im mittelamerikanischen Konflikt. In diesem Sinne hat sich die Zivilregierung mit besonderem Nachdruck darum bemüht, internationale Versammlungen in der Hauptstadt Guatemalas abzuhalten.: das Jahr 1986 schloß mit der Feier der 16. Versammlung der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten), in der die Unterstützung des "Demokratisierungs"-Prozesses in Guatemala einstimmig befürwortet wurde. Das Jahr 1987 wurde mit der Versammlung der SELA (Sistema Económico Latinoamericano) und mit der Versammlung der EG eingeleitet.

Die genannte Politik der aktiven Neutralität ist international gesehen ein gutes Geschäft für die Regierung Guatemalas, mit geringen Investitionen konnte sie beträchtliche Erfolge in ihrer Außenpolitik verbuchen. Den größten Vorteil davon haben die guatemalteckischen Militärs: einerseits kamen sie aus ihrer aufgrund der massiven und brutalen Menschenrechtsverletzungen isolierten Position heraus, andererseits wurde die von den Militärs verursachte desolante wirtschaftliche Lage des Landes mittels internationaler Anleihen und Schenkungen kurzfristig kaschiert.

Außerdem hat Fernando Andrade Díaz-Duran, vormals Botschafter Guatemalas in der UNO und ehemaliger Kanzler der Militärregierungen, den Vorsitz der Gruppe der 77 inne. Er gilt als der Vater der Neutralitätspolitik und bereitet sich für die nächste Wahl als Präsidentschaftskandidat vor.

Als im US-Kongreß die Genehmigung der Militärhilfe an Guatemala zur Diskussion stand, erklärten die guatemalteckischen Militärs öffentlich, daß die "aktive Neutralität" der Zivilregierung durchaus nicht eine solche bleiben müsse und gestatteten als Beleg ihrer Bekundung die Einreise der wichtigsten Führer der nicaraguanischen Contra ohne Kontrolle durch die Zollbehörden. Den erwünschten Erfolg erreichten sie damit allerdings nicht, denn nach IPS (16.12.86) betrug die ihnen bewilligte Militärhilfe lediglich zwei Millionen US-\$, was ungefähr der Höhe der an Costa Rica, dem Land ohne Armee, ausbezahlten Militärhilfe entspricht.

Bislang konnte Vinicio Cerezo mit seiner "aktiven Neutralität" mit den Ereignissen nicht Schritt halten und seine beim Gipfel von Esquipulas erbrachten Vorschläge (mittelamerikanisches Parlament, friedliche Lösung der Kontroversen) scheinen auch für die Zukunft als undurchführbar.

## DAS FLÜCHTLINGSPROBLEM

Um die Lösung des Flüchtlingsproblems voranzutreiben, wurde eine guatemalteckische Kommission eingesetzt - unter der Leitung der Tochter des Entwicklungsministers, der seinerseits in Zusammenarbeit mit der Armee die strategischen Dörfer und die Sicherheit auf dem Lande kontrolliert. Außerdem besuchte die Frau des Staatspräsidenten im November die Flüchtlingslager in Mexiko und versuchte durch Beteuerungen der demokratischen Verhältnisse in Guatemala die Menschen zur Rückkehr ins Land zu bewegen. Als einige Tage zuvor Vertreter der Flüchtlingsorganisation der UNO (ACNUR) diese Lager besucht hatten, erklärten die Flüchtlinge, in Guatemala bestünden keine Sicherheitsgarantien für ihre Rückkehr (IPS, Nov. 86). Don Samuel Ruíz, der mexikanische Bischof von San Cristobal de las Casas (Chiapas) gab an, daß "die Situation sich nicht verändert hat, auch wenn der Präsident Guatemalas Vinicio Cerezo ein ziviler ist, denn die Entscheidungen werden von den Militärs getroffen, die ihre geflohenen Landsleute als Verräter betrachten". Er fügte hinzu, daß "die Haltung der Armee im Widerspruch zum Rückkehrangebot der Zivilregierung steht und die Flüchtlinge um ihr Leben fürchten läßt".

Diese in Todesangst vor der Armee geflohenen Menschen haben gute Gründe, den Beteuerungen der Zivilregierung keinen Glauben zu schenken. Sie wissen, daß die Regierung den Forderungen der GAM ablehnend gegenübersteht und sie wissen, daß auch sie sich organisieren müßten, um Gerechtigkeit für die Hunderte vom Militär zerstörten Dörfer zu fordern: Und solange es diese Gerechtigkeit nicht geben wird, wird auch der Terror nicht aufhören.



## DAS LANDPROBLEM

Ein Jahr lang ist die zivile Regierung nun im Amt und die Unzufriedenheit in der Bevölkerung, insbesondere unter den Campesinos hat einen sehr hohen Grad erreicht. Die extreme Armut, in der die Mehrheit der Bevölkerung lebt, ist die direkte Folge der ungleichen Landverteilung, das weiß jeder ebenso, wie daß eine Agrarreform Tabuthema ist. Als die Regierung des Obersten Jacobo Arbenz im Jahre 1954 eine Agrarreform durchführen wollte unter besonderer Einbeziehung der ungenutzten Ländereien der Großgrundbesitzer und der United Fruit Company, intervenierte der CIA auf Befehl der US-Regierung, unterstützt durch die hondurenische Regierung, die ihr Staatsterritorium für die kriegerischen Handlungen zur Verfügung stellte, sowie durch die aktive Neutralität der guatemaltekischen Armee.

Die Mission der AID in Guatemala hat eine Studie erarbeitet, in der sie eine Agrarreform empfiehlt, ähnlich wie sie sie auch für El Salvador vorgeschlagen hat. Vinicio Cerezo reagierte eindeutig: "Es wird keine Art von Agrarreform, es geht darum, den Anstoß zur einer umfassenden Entwicklung auf dem

Land zu geben" und auf die Bitte der Tageszeitung 'Prensa Libre' (7.1.87) um nähere Erläuterung dieser Aussage erklärt er: "Sie besteht darin, die Finanz- und Vermarktungsmechanismen und die Produktivität der Erde zu verbessern, wobei die jetzige Situation des Landeseigentums die Basis dafür darstellt."

Demgegenüber erklärt Nery Samayoa, Leiter des (staatlichen) Institutes für Agrarreform der Tageszeitung 'El Grafico' (7.1.87), daß "es im Land zehn gut organisierte Gruppen gibt mit insgesamt mehr als 200 000 Campesinos, die Land fordern" und er fügt hinzu, Padre Andrés Girón habe Recht mit seiner Behauptung, dieses Institut habe seinen Zweck nicht erfüllt. Padre Girón

Im April vergangenen Jahres sind 17 000 Campesinos von der Südküste her 300 km weit zur Hauptstadt marschiert, um von der Regierung Land zu fordern. Ihnen voran ging der Priester Andrés Girón. Verschiedene hohe Regierungsangestellte wie auch die Präsidentengattin höchstpersönlich versuchten vergebens, den Padre zum Abbruch des Marsches zu bewegen. In der Hauptstadt wurden die Demonstranten vom Präsidenten empfangen, der ihnen anbot, das Landproblem zu lösen.

Prompt wertete dies die Vereinigung der Großgrundbesitzer UNAGRO (deren Vorsitz ein Armeehauptmann führt) als alarmierendes Anzeichen für eine mögliche Regierungsentscheidung zugunsten einer Agrarreform und ebenso eiligement dementierte die Regierung derlei Ansinnen.

Padre Girón erklärte, nicht die Agrarreform sei sein Ziel, er wolle vielmehr Land kaufen, um es den Bauern in einer Art selbstbestimmter Gemeinschaft zu übergeben. Im Dezember 1986 hatte die Regierung die erste Finca an Padre Girón zur Übergabe an die Campesinos zur Verfügung gestellt. Zur gleichen Zeit reiste der Padre nach Washington, wo er nach Rücksprache und Darlegung seines Programmes vor Angehörigen des US-Kongresses 50 Millionen \$ zur Gründung einer Bank der Campesinos für den Landkauf angeboten bekam. Bei den öffentlichen Massenversammlungen des Padre an der Südküste waren die Präsidentengattin sowie der Agrarminister anwesend und erklärten, der Padre führe seinen Kampf im Rahmen der Gesetze.

Ausgelöst hat die Aktivitäten des Padre Girón eigentlich - durch Unterstützung und Anwesenheit bei den Veranstaltungen - die Christdemokratie. Möglicherweise tat sie dies mit Blick auf die damals bevorstehenden Wahlen, bedachte allerdings nicht, daß es nur eines kleinen Funkens bedurfte, um den Protest auszulösen und zu organisieren und nun ist ihr die Sache entglitten. Dem Beispiel Padre Giróns folgend haben sich in

verschiedenen Teilen des Landes Gruppen von Campesinos gebildet und der Padre erklärte am 30.12.86 in der Tageszeitung La Hora: "Wenn die Regierung sich nicht um die Lösung des Landproblems bemüht, werden wir die Fincas erstürmen" und im Grafico am 31.12.86: "Nächstes Jahr werde ich den Kongreß der Republik bitten, ein Gesetz zur Agrarreform zu verabschieden, dies ist die einzig mögliche Lösung der Probleme des Landmangels für die Campesinos in Guatemala. Ein solches Gesetz ist dringend notwendig, denn im kommenden Jahr wird die Inflation zunehmen, die wirtschaftliche Lage der Campesinos wird immer kritischer und möglicherweise wird es soziale Unruhen geben". Er fügte hinzu, er werde in Europa, insbesondere beim Papst, um die Finanzierung für den Landkauf ersuchen.

Im Gegensatz zu den anderen Führern der Campesinos wird Padre Girón von 16 bewaffneten, vom Präsidenten zur Verfügung gestellten Männern geschützt. Und so wurde Andrés Rubén Ramírez Escobar am 1.12.86 in der Gemeinde Nuevo Progreso im Departement San Marcos entführt. Die Entführer ...? Die Armee? oder bewaffnete Gruppen der UNAGRO?

## DIE ROLLE DER ARMEE



In einer öffentlichen Mitteilung der Armee hieß es, die Verfassung beinhalte, daß alle Personengruppen, die dies für

richtig hielten, sich in Gewerkschaften und anderen Arbeitsorganisationen zur Verteidigung ihrer Interessen organisieren könnten und es wurde dementiert, daß es die Armee darauf abgesehen habe, die Campesinos im Departement Huehuetenango einzuschüchtern, um die Organisation von Land fordernden Gewerkschaften zu verhindern (Grafico 27.12.86).

Verschiedene führende Militärs äußerten ihren Mißmut darüber, daß, während sie im Kampf gegen die Subversion ihr Leben riskierten, die Großgrundbesitzer durch Zahlung von Hungerlöhnen eben dieser Subversion in die Hände arbeiteten. Viele Alternativen hat die Armee nicht: Entweder sie schlägt sich auf die Seite der Großgrundbesitzer und wird zum massiven Unterdrückungsinstrument oder sie unterstützt weiterhin Vinicio Cerezo. Ersteres hieße, die internationalen Erfolge über Bord zu werfen und letzteres bedeutet, von dem Sektor, der dem Land am meisten Devisen bringt, Abstand zu nehmen.

## EIN JAHR CHRISTDEMOKRATEN

Unterdessen sinkt die Glaubwürdigkeit des Präsidenten Cerezo im Land unaufhörlich. Er hatte angekündigt, der Quetzal würde aufgewertet, doch die Konsumartikel des täglichen Bedarf steigen praktisch täglich im Preis. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wächst.

Die Forderungen nach Land sowie nach Gerechtigkeit für die Familien der Verschwundenen sind die Schwerpunkte der politischen Konjunktur im Land. Auch die Untersuchung der vom Militär begangenen Entführungen hat große Bedeutung, wie z.B. im Falle der im November 1986 von Militärs entführten und in der Militärbasis von Jutiapa festgehaltenen Lehrerin. Zwar wurde die Entführte von einer Polizeieinheit befreit, die Verantwortlichen jedoch wurden nicht angeklagt, d.h. für derlei Aktionen gibt es weiterhin Straffreiheit und staatlichen Schutz. Auch die GAM, die ihren Kampf mittlerweile auf internationaler Ebene mit großer Glaubwürdigkeit führt, protestiert gegen die Weigerung der Regierung, die Militärs für ihre grausamen Taten zu verurteilen.

Ein Jahr christdemokratischer Regierung erlaubt die Behauptung, daß man hauptsächlich nach außen hin aktiv war, um von dem Bild der repressiven Militärs der letzten Regierungen abzulenken. So hat Präsident Cerezo am 18. Dezember das erste Haus einer Reihe von Wohnungen, die die Regierung Guatemalas El Salvador schenkte, übergeben (Kosten: 5 Millionen Quetzales), während zu gleicher Zeit in Guatemala Demonstrationen stattfanden, in denen die Menschen Wohnungen forderten. Quo vadis, Cerezo?

Quelle: "PROCESO Nr. 533 vom 19.01.87

## SOLIDARITÄT

### Posthume Ehrung für José Carrasco

*Anfang März wurde der Fritz-Sänger-Preis für mutigen Journalismus 1987 dem im September des vergangenen Jahres ermordeten chilenischen Journalisten José Carrasco Tapia posthum verliehen. Am 27.4. wird dieser Preis nun seiner Lebensgefährtin in Bonn überreicht. der Jury-Vorsitzende Freimut Duve MdB begründete diese Entscheidung unter Hinweis auf die Bedeutung des Fritz-Sänger-Preises.*

"Wir verleihen dem am 6. September 1986 in Santiago von einem Todeskommando ermordeten Redakteur der Zeitschrift 'ANALISIS' - José Carrasco Tapia - posthum den Fritz-Sänger-Preis für mutigen Journalismus 1987.

Nach einer langen, sehr intensiven Diskussion über eine große Zahl hervorragend qualifizierter Vorschläge sind wir uns darüber einig geworden, mit dieser Verleihung ein politisches Zeichen zu setzen für journalistischen Mut unter den Bedingungen einer Militärdiktatur in der Dritten Welt.

Die Preisverleihung 1987 soll aber auch Ansporn sein für freien engagierten Journalismus in unserer parlamentarischen Demokratie im Sinne der Arbeit von Fritz Sänger.

Gleichzeitig wollen wir mit dieser Entscheidung alle oppositionellen Journalisten in Chile und ihre Zeitschriften ehren, deren Arbeit immer wieder von physischer Gewalt und wirtschaftlicher Not bedroht wird.

Wir verstehen diese Preisverleihung auch als Aufforderung an Verleger und Journalisten, oppositionelle, in ihrer Existenz bedrohte Kollegen und ihre Medien ideell und materiell zu unterstützen.

Wir verleihen diesen Preis an José Carrasco auch im Gedenken an die Journalisten in aller Welt, die ihrer kritischen Arbeit wegen von Gewaltregimen und deren Helfershelfern ermordet worden sind.

Wir verstehen unsere Entscheidung als einen Appell an alle, die in den Medien der Bundesrepublik Verantwortung tragen, das im Artikel 5 des Grundgesetzes verankerte Recht auf Informations- und Meinungsfreiheit vor jeglicher Beschädigung zu bewahren. Journalisten, die unter Einsatz ihres Lebens anderswo für dieses Recht eintreten, sind eine mahnende Erinnerung an das hohe Gut der Pressefreiheit auch hierzulande."

## KULTUR

### Berlinale-Nachlese

Viel Beachtung fand auch der brasilianische Panorama-Beitrag 'A cor de seu destino'. Im Rahmen des Festivals führten wir das folgende Interview mit dem Regisseur des Films, dem Chilene Jorge Durán, der seit 13 Jahren im Exil in Brasilien lebt und dort unter anderem als Regieassistent und Drehbuchautor arbeitete.

Frage: Mich hat der Film sehr beeindruckt, weil er politische Probleme und persönliche miteinander verband. Woher kam die Idee zu diesem Film?

Jorge: Die Idee dazu entstand 1976, als ich nach Brasilien kam und Amnestie und Demokratie in Brasilien noch sehr entfernt waren. Ich merkte, daß es in Brasilien einige 'Fantasmen' (Ungeheuerlichkeiten) gab wie Verschwundene, Entführte, Verhaftete und daß dies die Entwicklung der Nation verhinderte und eine Versöhnung unmöglich machte. Dies drückte ich in der Figur des Heranwachsenden aus, der mit sich selbst klar kommt, wenn er sich in der Geschichte seines Bruders wiederfindet, der von der Diktatur aus politischen Gründen umgebracht wird.

Frage: War es für Chilene schwer, im brasilianischen Exil Fuß zu fassen?

Jorge: Es gab keine politisch Exilierten in Brasilien bis zum Jahre 1979, weil Brasilien selbst unter einer Diktatur leben mußte, das heißt, wer nach Brasilien kam, kam 'offiziell' nicht als Exilierter. Denn in dieser Phase war es gefährlich, weil die Polizei des 'Cono Sur' (Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay) eng zusammenarbeitete.

Frage: War es schwierig, den Film in Brasilien zu finanzieren?

Jorge: Nein, obwohl Brasilien lange Zeit nicht in demokratischen Verhältnissen lebte, ist das Volk sehr demokratisch eingestellt, teilt alles, was das Land hat und nimmt Freunde sehr herzlich auf. Ich begann nach einjähriger Arbeitslosigkeit im brasilianischen

Kino, zunächst als Produktionstechniker, später schrieb ich Drehbücher zu verschiedenen Filmen. Meine eigene Biografie im brasilianischen Kino eröffnete mir Raum, einen Spielfilm zu drehen.

Frage: Wie sind die derzeitigen Produktionsbedingungen in Brasilien?

Jorge: Seit Beginn dieses Jahres haben wir Schwierigkeiten, weil das brasilianische Kino umstrukturiert wird, in dem Sinne, daß der staatliche Anteil zurückgeht und der Anteil privater Unternehmen größer wird. Ich denke, daß dies sehr gefährlich ist, weil die brasilianischen Unternehmer sich nie für Kultur, sondern nur für 'gute Geschäfte' interessiert haben. Essentiell im brasilianischen Kino ist aber die kulturelle Qualität. Die lateinamerikanischen Nationen brauchen das Kino, um sich wiederzuerkennen, die verlorene Identität wiederzugewinnen.

Frage: Hältst Du es für möglich, daß Dein Film auch in Chile gezeigt wird?

Jorge: Ich denke, daß Chile notwendigerweise in einen Prozeß der Redemokratisierung eintreten wird. Das chilenische Volk, die internationale Konjunktur, werden die Diktatur zwingen, Räume zu öffnen. Mit der Demokratisierung und freien Wahlen wird die Möglichkeit eröffnet werden, meinen Film zu zeigen.

Frage: Hier kann der Eindruck gewonnen werden, daß mit dem Militärputsch, das chilenische Kino aufhörte zu existieren. Wie schätzt Du die aktuelle Lage des Kinos in Chile ein?

Jorge: Ich habe den Eindruck, daß das chilenische Kino weiterhin lebendig ist. Mein Film ist eine brasilianische Produktion, aber ich sehe mich als chilenischen Filmemacher, der in Brasilien arbeitet. Und so gibt es andere Regisseure, die in anderen Teilen der Welt weiterarbeiten. In Chile wurden letztes Jahr drei Spielfilme gedreht und in diesem Jahr werden es wieder drei sein. Wenn es Raum, Geld und andere politische Bedingungen gäbe, würde ein chilenisches Kino entstehen wie es noch nie da war: Ein neues Kino, mit neuen Filmemachern und mit wertvollen Erfahrungen, die zur Zeit leider noch im Ausland angewandt (konkretisiert) werden.

Viel Beifall erhielt in diesem Jahr der brasilianische Wettbewerbsbeitrag 'Vera'. Am Rande der Filmfestspiele führten wir mit Regisseur Sergio Toledo, der Hauptdarstellerin Ana Beatriz Nogueira und Aida Leiner (in der Rolle der Clara) das folgende Gespräch.

Frage: Für mich zeigen beide brasilianischen Beiträge 'A cor de seu destino' und 'Vera' eine bestimmte Art von Selbstentfremdung und Suche nach Identität. Ist dies eine neue Tendenz innerhalb des brasilianischen Kinos?

Sergio: Ich weiß nicht, ob das eine Tendenz ist. Aber es spiegelt die Existenz von Regisseuren wieder, die sich eher einer persönlichen (Film) Sprache bedienen und eher von ihren eigenen Erfahrungen sprechen, über ihre innere Unruhe, ihre Identitätssuche.

Frage: Ende der 70er Jahre hast Du einen sehr wichtigen politischen Dokumentarfilm über die Arbeiterbewegung in São Paulo gedreht (Brazos cruzados - máquinas paradas). Nun einen sehr persönlichen Spielfilm, der die Probleme Heranwachsender reflektiert. Wie kam es dazu?

Sergio: Das bedeutete für mich, daß es notwendig war, mit einer sehr realistischen, dokumentarischen Sprache zu brechen, eine Filmsprache zu finden, die über den Realismus hinausgeht, persönlicher ist. Eine weniger naturalistische Ästhetik zu konstruieren, die es erlaubt, interne (menschliche) Strukturen auszudrücken.

Frage: Ana, war es für Dich sehr schwer, die Rolle von 'Vera Bauer' anzunehmen?

Ana: Ja, denn je öfter Du solche Erfahrungen - wie die von Vera - erzählt bekommst, je mehr Du darüber liest, umso schwer wird es, Dir selbst vorzustellen, was passiert. Will sagen, diese Rolle war für mich selbst ein sehr erfahrungsreicher Prozeß, daß heißt ein Prozeß, in dem ich meine eigene Position die ganze Zeit über hinterfragen und neuformulieren mußte: Meine Einstellungen, meine Art zu denken und zu fühlen, um bestimmte Erfahrungen leben zu können wie sie Vera lebt.

Frage: Die Situation in Brasilien gestaltet sich momentan recht schwierig. Einerseits ist im Verhältnis zu früher eine größere politische und kulturelle Öffnung feststellbar, andererseits gibt es ökonomische enorme

Probleme. Was seht Ihr für Konsequenzen im Filmsektor?

Sergio: Die ökonomische Krise trifft das Kino voll, weil außerhalb der USA fast die gesamte Filmproduktion vom Staat abhängt. Die derzeitige Krise trifft ein Land wie Brasilien besonders, in dem der Staat eine bedeutende Rolle in der Wirtschaft spielt. Das brasilianische Kino befindet sich in einer brutalen Konkurrenzsituation zum (Privat) Fernsehen, das seinerseits, im Gegensatz zu anderen Ländern, nicht als Koproduzent von Filmen auftritt. Innerhalb der allgemeinen Diskussion wird in Bezug auf das Kino davon gesprochen, die Filmproduktion vom Staat unabhängiger zu machen, eher auf Privatinitiative zu produzieren. Was das Fernsehen betrifft, so nimmt es in Brasilien eine Schlüsselposition ein. Dieses Fernsehen zählt zu den bestentwickelten auf der Welt und hat die Funktion, eine nationale Ideologie zu formulieren. Ich denke, daß wenn das Kino es nicht schafft, die 'Blockade' des Fernsehens aufzubrechen, wird es nicht überleben können. Und die demokratische Entwicklung wird nicht möglich sein ohne eine Demokratisierung der Strukturen im Fernsehen.

Ana: Was die Seite der Schauspieler angeht, sehe ich, daß das Fernsehen die Schauspieler unter einen enormen Erfolgsdruck stellt und sie nicht auf ihre Qualität als Schauspieler verpflichtet, auch was ihre eigene Entwicklung betrifft. Das Fernsehen gibt Dir eine gewisse materielle Sicherheit und Erfolg, während Theater und Film immer ein Risiko für den Schauspieler darstellen. Es ist selten, daß Schauspieler, die früh zum Fernsehen kommen, zum Theater zurückgehen. Im Fernsehen können sie aber nicht alle Fähigkeiten ihrer Arbeit entwickeln, was schade ist.

Aida: In den letzten 20 Jahren der Diktatur wurden Theater und Kino eher boykottiert und die Produktion nahm ab. Heute, mit der politischen Öffnung, sehe ich als Schauspielerin, daß Kino und Theater darum kämpfen, das Prestigewiederzugewinnen, das in all diesen Jahren verloren

Frage: Die Lage der brasilianischen Schauspieler ist eher schlecht?

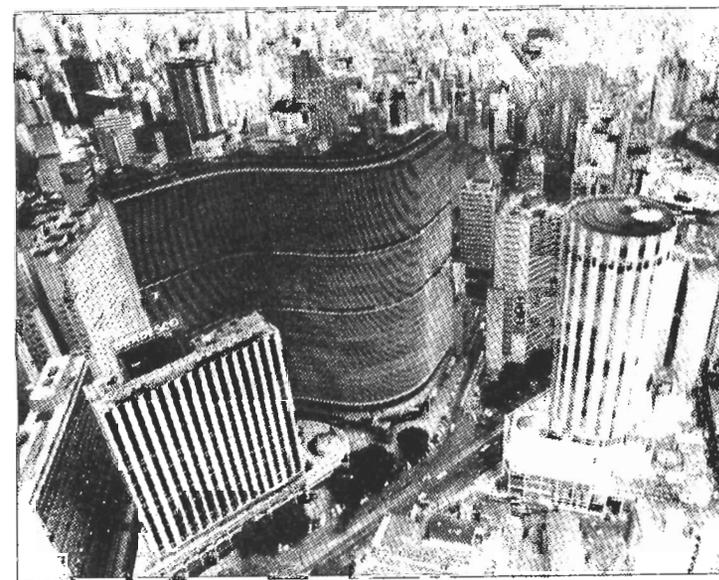
Ana: Wer als Schauspieler im Kino oder Theater arbeitet, hat normalerweise noch eine andere Erwerbsquelle, zumindest wenn er nicht sehr bekannt ist. Ich, zum Beispiel, mache Süßigkeiten.

Frage: Sergio, kürzlich wurde in Havanna eine neue Einrichtung eröffnet?

Sergio: Es gibt in Havanna zwei Einrichtungen: Dort existiert eine lateinamerikanische Filmschule und die 'Stiftung des Neuen Lateinamerikanischen Kinos', der Gabriel García Marquez vorsteht. An der Schule werden Filmemacher aus Asien, Afrika und Lateinamerika ausgebildet. Die Stiftung plant einige Projekte, die mir interessant zu sein scheinen, beispielsweise eine Studie zur Situation des Kinos in Lateinamerika. Insgesamt, denke ich, kann diese Stiftung eine sehr wichtige Rolle in Lateinamerika spielen, im Sinne der Integration der verschiedenen Kinematografien, die in Lateinamerika existieren.

Frage: Präsident Sarney hat kürzlich ein Schuldenmoratorium verkündet?

Sergio: Ich denke, daß dieses Moratorium keine politische gemeinte Entscheidung der brasilianischen Regierung war, sondern sie wurde getroffen, weil Brasilien mit dem Rücken zur Wand steht, keine Währungsreserven hat, um dem Schuldendienst nachzukommen. Dennoch denke ich, daß diese Entscheidung auch eine politische Dimension hat und auf andere Länder Lateinamerikas abstrahlen kann, allein weil Brasilien ein großes Gewicht (in Lateinamerika) hat.



## REZENSION

### Es ist dunkel — aber ich singe

Unter den Büchern in deutscher Sprache, die von den brasilianischen Basisgemeinden und ihrer befreienden Praxis, von der Theologie der Befreiung und der damit verbundenen Schärfung der Gewissen handeln, ist dieses Buch von Annemarie Jacobs etwas Einmaliges, etwas Besonderes. Es erzählt engagiert und farbig-konkret davon und stellt auch die Hintergründe eindringlich dar. Vor allem aber enthält es 35 Lieder aus Basisgemeinden im Originaltext und in einer auch deutsch singbaren Fassung, dazu auch einige in diesen Kontext gehörende Songs der musica popular brasileira. Dazu gibt es viele Illustrationen, zumeist einfache, aber sehr sprechende Zeichnungen aus dem brasilianischen Kleinschrifttum bewußtseinsbildender Art.

Das Buch orientiert sich an den folgenden Schwerpunkten: Allgemeine Situation Brasiliens, Situation auf dem Lande, Frauen, Basisgemeinden, Friedensinitiativen, Umweltproblematik und die Folgen für die Landbevölkerung, Situation der Industriearbeiter, Rassenproblematik. Dazu enthält es Adressen von Solidaritätsgruppen und Literatur- und Medienhinweise.

Annemarie Jacobs hat mit diesem, wie sie schreibt, "einseitigen", engagierten Buch den Kampf der Armen in Brasilien, wie er sich nun in den achtziger Jahren vollzieht, die Spiritualität der Basisgemeinden und die Poesie und musische Kreativität des frommen christlichen Volkes dargestellt, wie sie dies alles in Brasilien erlebt hat und wie es ihr wichtig wurde. Eine ungeheure Hoffnung geht von diesem Buch aus - obwohl es auch das ungeheure Leiden der Armen zeigt:

"Sie alle sind zwar arm, doch stark zugleich und mutig, und danken Christus, ihrem Freund, für seinen Beistand, daß er den Weg sie leitet, der ihr Leben wandelt, sie in die Freiheit führt durch seine Kraft und Liebe."  
(S. 124)

Das Buch ist eine Fundgrube für alle, die nach authentischen Zeugnissen der "Kirche der Armen" und nach Texten aus der Theologie der Befreiung im Glauben des einfachen Volkes suchen. Zu den Liedern gibt es übrigens eine ausgezeichnete Toncassette, die man gesondert bestellen muß.

Annemarie Jacobs (Hg.): Es ist dunkel - aber ich singe. Ein Lieder-Lesebuch zu Brasilien. bkV-brasilienkunde verlag, Mettingen, 1986 (Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61)

## Zeitschriftenschau

ila-info Nr. 104, April 1987

NEUE ADRESSE:

Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: Medien in Lateinamerika - Der Kampf um die Köpfe; Gerade im Bereich der Medien sind die "offenen Adern" Lateinamerikas besonders deutlich sichtbar: die kulturelle Penetration durch westliche Medienprodukte und Konsumgewohnheiten, die durch die Einführung neuer Medien noch beschleunigt werden. Das neue ila-info enthält Beiträge zur Deutschen Welle in Lateinamerika, zum mexikanischen Medienkonzern TELEVISIA, zum Einfluß der Moon-Sekte auf den Medienmarkt Uruguays, zum Fernsehen in El Salvador, zur Propaganda in der Aufstandsbekämpfung und der Suche nach einem praktikablen Medienkonzept in Nicaragua.

Gleichzeitig entwickeln sich Ansätze einer alternativen Medienproduktion und -kultur, mit denen sich Beiträge zu den revolutionären Medien in El Salvador, zur mexikanischen Frauenzeitschrift "fem", zur puertorikanischen Zeitschrift "Homines", zur Photographie in Chile und zur lateinamerikanischen Filmschule in Havanna beschäftigen.

Weitere Beiträge zu Kolumbien, Argentinien, Peru und zur westdeutschen "Entwicklungshilfe".

Informationsdienst Südliches Afrika Nr. 8, Dezember 1986

Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Schwerpunkt: Propaganda für Apartheid; Pretorias Stimmen in der Bundesrepublik / Pressespiegel der South Afrika Foundation / Nachrichtendienst der Evangelisten / IGFM zu Südafrika und Namibia / die rechtskatholische Organisation "Tradition, Familie, Eigentum" in Südafrika.

Außerdem: Daimler-Benz in Südafrika zwischen Anspruch und Wirklichkeit / Pressebeurteilung nach dem Tod Samora Machel's / U-Boot-Deal: Signal für eine neue Rüstungspolitik / Wozu braucht Südafrika U-Boote?

Informationsdienst Südliches Afrika Nr. 1, Januar - März 1987

Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Im Griff Pretorias - Destabilisierung und Krieg im südlichen Afrika; US-Hilfe für die UNITA / Unicef-Studie: alle vier Minuten stirbt ein Kind in Angola oder Mosambik durch die Folgen des Krieges / der IWF und Sambia / politische Aspekte des Wasserbauprojekts zwischen Südafrika und Lesotho.

Außerdem: Überlegungen zu einem Regierungsprogramm des ANC / "Stammesfehden" in Südafrikas Minen / NUM-Kongreß / Barclays und die technologische Kooperation mit Südafrika / Sanktionsnachrichten / Kampagne Kirchentag gegen Apartheid

EL PARCIAL Heft 21, April 1987

c/o Doris Hermes, Kielortallee 4, 2000 Hamburg 13

LA INTERNACIONAL SOCIALISTA EN CENTROAMERICA: Crónica de una despedida anunciada.

Die gebremste Offensive der SI in Mittelamerika / Historischer Exkurs: wie die SPD zur Zerstörung der portugiesischen Revolution beigetragen hat / Die Rolle der PSOE in der Mittelamerika-Politik der SI / Die PLN Costa Ricas: Der lange Arm Reagans in der SI / Manipulation kleiner Bruderparteien durch die SI: die

PSD Guatemalas / Der Prozeß der Distanzierung von der sandinistischen Revolution. Neben einer Einleitung enthält das Heft - als Erstveröffentlichung - einen Aufsatz von Gregorio Selser: "Internacional Socialista. Contradicciones e incoherencias de su presencia en América Latina y el Caribe"(25 Seiten).

#### epd-Entwicklungspolitik 7/87

Friedrichstr. 2 - 6, 6000 Frankfurt 1

Schwerpunkt: US-Landwirtschaft und Dritte Welt: Mörderischer Wettbewerb: im Handelskrieg USA-EG verlieren die Bauern / US-Kirchen stellen Machtfrage bei Landverteilung / US-Agrarpolitik bedeutet Abhängigkeit und Zerstörung für die Dritte Welt. Infos: Waffenhandel: UNITA erhielt Waffen über Frankfurter Firma / Chile: "Der Papst ist willkommen, Pinochet soll gehen" / Südafrika: Weiße wählen, weitere Scheinreformen.

#### PERIPHERIE Nr. 25/26

LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Schwerpunkt: Entwicklungspolitik gewendet.

M. von Freyhold: Das Rätsel Entwicklungspolitik - Eine Bestandsaufnahme / G. Simonis/S. Ludwig: Die neue Südpolitik der Bundesrepublik: zwischen Krisenmanagement und Neomerkantilismus / H. Melber: Bundesdeutsche Entwicklungspolitik als Intervention: Hilfsmaßnahmen für ein neokoloniales Namibia / T. Schiel: "Entbürokratisierung" der Entwicklungshilfe? Über die Grenzen von Nichtregierungsorganisationen und die Illusion staatsferner Entwicklungshilfen / M. von Freyhold: Gibt es eine Grüne Entwicklungspolitik - kann es sie geben? / L. Rudebeck: Strategien der Entwicklungshilfe im Wandel: Der Fall Schweden im Vergleich mit den anderen skandinavischen Ländern / Ch. Wichterich: Paradigmenwechsel: Von der "Integration in die Entwicklung" zur "Feminisierung der Entwicklung" / DAWN: Morgenrot für die Feminisierung der Entwicklung? / S. May-Landgrebe: Touristische Entwicklungsstrategien - Wege aus der Armut?

#### FREIRE-BRIEF 30/31, 1987

AG SPAK, Kistlerstr. 1, 8000 München 90

Schwerpunkt: "Evangelisierung - Religionspädagogik - befreiender Glaube und Volks-erziehung/befreiende Erziehung" mit Beiträgen aus Peru, Jugendakademie Walberberg.. Sowie: Zum Tode von G. Cassalis, Korea-Kampagne, Basis-Comics und die Lehrer, Alternativer Friedensnobelpreis für einen Aguaruna-Indianer aus Peru, entwick- lungspolitische Themen in der Erwachsenenbildung, Frauenarbeit in Peru, Aljorja in Mittelamerika

#### e.h. erziehung heute Nr. 1, Februar 1987

Salurnerstr. 2/IV, A - 6020 Innsbruck

Schwerpunkt: Lateinamerikanische Frauen in Österreich. Exilierte lateinamerikani- sche Frauen berichten über ihre Erfahrungen im Asylland Österreich. Außerdem: Lehrer in Nicaragua / Bildung für alle - eine Schule für Nicaragua.

#### SOLIDARISCHE WELT Nr. 117

ASW, Friedrichstraße 236, 1000 Berlin 61

Schwerpunkt: AFRIKA: Selbsthilfe in Westafrika / Sich (besser) ernähren, um (an- ders) zu leben. Eine Stellungnahme aus dem Senegal / Handwerkliche Ausbildung in Kap verde und Zimbabwe / Wirtschaftsbeziehungen BRD-Südafrika / Alternativer Nobelpreis an Indianer im Amazonas-Tiefland / Nicaragua-Aktion / Agisra-Netzwerk zum Problem Prostitutionstourismus und Frauenhandel

#### FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 115, April 1987

c/o ISW, Achtermannstr. 10-12, 4400 Münster

Schwerpunkt: Vorbereitungsmaterialien zum BUKO 11 (Rechenschaftsberichte, Anträge an das Plenum); dazu aktionsorientierte Information (Multis, Banken) und ein um- fangreicher Serviceteil.

#### AIB 5, Mai 1987

Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Sonderteil: "Hunger ist kein Schicksal" mit Beiträgen zu den Ursachen der Hunger- probleme in Afrika, zum Thema Nahrungsmittel als Waffe, zur Rolle des Agrobusiness, zur Hungernothilfe und dem UNO/FAO-Konzept und Länder-Fallbeispiele (Kenia, Bur- kina Faso, Äthiopien, Mosambik/Simbabwe).

Außerdem Beiträge zum ev. Kirchentag, zur Krise der Contras, zum Weizsäcker-Besuch in Guatemala, zur Opposition in Südkorea, zu Lösungsvarianten der Schuldenkrise und zur Entkolonialisierung der asiatischen Sowjetrepubliken.

## Eingegangene Bücher

Aktionszentrum Dritte Welt Hamburg (Hg.): **Frauen in Mexiko.** Bewegung in Slums. 1987, Bezug: Aktionszentrum Dritte Welt, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50

Geraldo Curcino de Freitas: **Portugiesisch-Brasilianisch.** Einführung in die Sprache Brasiliens. 6. Aufl. 1986, Bezug: G. de Freitas, Institut für Romanistik, Akade- miestr. 24, A - 5020 Salzburg

amnesty international: **PERU. "Verschwindenlassen", Folterungen und summarische Hinrichtungen durch Regierungskräfte nach den Gefängnisrevolten vom Juni 1986.** 1987, Bezug: Heike Spreen, Luxemburger Str. 31, 1000 Berlin 65

Dietrich Schulze-Marmeling: **Die NATO. Anatomie eines Militärpaktes.** Verlag 'Die Werkstatt', Göttingen, 1987

Bortz, Castro, Mandel, Wolf: **Schuldenkrise.** In der Dritten Welt tickt eine Zeit- bombe. isp-Verlag, Frankfurt, 1987

Luis Fayad: **Auskunft über Esters Verwandte.** Roman. Lamuv-Verlag, Bornheim-Merten, 1987

Carola Lentz: **Saisonarbeiter auf einer Zuckerrohrplantage in Ecuador.** Edition Herodot im Rader-Verlag, Aachen, 1986

Siegfried Pater (Hg.): **Geld für die Welt.** Bundesdeutsche Banken und die Dritte Welt. Ein medico-international-Buch. Lamuv-Verlag, Bornheim-Merten, 1987

## Termine

Seminare des AKE-Bildungswerks

### REISEN NACH EXOTIC-LAND

Wir reisen mit Sehnsüchten und Träumen. Wie verzerren sie unsere Wahrnehmung von der Dritten Welt?

15. - 17. Mai 1987 in Bielefeld

### HUNGER IST KEIN SCHICKSAL - HUNGER WIRD GEMACHT

Ein Einführungsseminar über die Zusammenhänge von Unter- und Fehlentwicklungen in der Dritten Welt und bei uns.

26. - 28. Juni 1987 in 4904 Enger

### TÜRKEI - Begegnung mit einer fremden Kultur

Neben Informationen über Politik und Kultur der Türkei soll ein Einblick in die türkische Kultur gegeben werden. Wir kochen zusammen!

26. - 28. Juni 1987 in 4994 Pr. Oldendorf

Informationen und Anmeldungen beim:

Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Horstweg 11, 4973 Vlotho, Tel.: 05733 / 6800

\*\*\*

Seminar von 'Arbeit und Leben', Landesarbeitsgemeinschaft Berlin

### DIE SCHULDENKRISE DER 3. WELT - DROHENDE GEFAHREN FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEITSPLÄTZE AUCH BEI UNS

Den Ländern der 3. Welt droht angesichts gigantischer Auslandsschulden der wirtschaftliche Bankrott. Der Schuldengigant Brasilien hat seine Zahlungen bereits eingestellt, andere Länder werden vermutlich dem Beispiel folgen. Die Schuldenkrise führt in den betroffenen Ländern zu weiterer Armut. Der IWF zwingt die Länder zu rigorosen Sparprogrammen auf Kosten der Ärmsten der Armen. Wie wird es weitergehen? Welche Folgen hat die Schuldenkrise für die Länder der 3. Welt? Welche Auswirkungen auf den Weltmarkt, unsere Wirtschaft und Arbeitsplätze sind zu erwarten? Welche Rolle spielt dabei die Entwicklungspolitik?

Mit diesem Seminar wollen wir Antworten auf diese Fragen erarbeiten, oberflächliche Erklärungsmuster auf ihre Aussagekraft untersuchen und weltwirtschaftliche Zusammenhänge und die anhaltende Krise von der Substanz her analysieren. Anhand konkreter Beispiele in den einzelnen Ländern und Produktionszweigen wollen wir Fehlentwicklungen aufarbeiten und Lösungsversuche diskutieren.

Information und Anmeldung bei:

Arbeit und Leben, DGB-Haus, Keithstr. 1-3, 1000 Berlin 30, Tel.: 030 / 211 90 07

# Unterstützung nicaragu - ensischer Studenten



Union  
Nacional de  
Estudiantes de  
Nicaragua

Eine sinnvolle Möglichkeit zur Unterstützung des revolutionären Prozesses in Nicaragua können Hochschulpartnerschaften sein. Hierum bemühen sich die Asten von TU und FU Berlin. Neben der direkten materiellen Unterstützung in Form einer Offset-Druckerei, technischem Zeichengerät sowie Tontechnik, soll vor allem die Kooperation einzelner Fachbereiche entwickelt werden. Diese materiell und durch eigene Mitarbeit zu fördern rufen wir auf: P SchKto 478174-100 Bln-W (Inhaber: B. Müller)  
Kontakt: Frank Arnold, Sonnenallee 30, 1000 Berlin 44,  
Tel.: 030 / 623 61 66

amnesty international:  
PERU. "Verschwindenlassen",  
Folter und summarische Hin-  
richtungen durch Regierungs-  
kräfte nach den Gefängnisre-  
volten vom Juni 1986.  
Übersetzung des Berichts der ai-Delega-  
tion. 100 Seiten mit Skizzen.  
Bestellungen an: H. Spreen, Luxemburger  
Str. 31, 1000 Berlin 65  
Preis: DM 6,-  
Vorüberweisung unter der Angabe von  
"Kostenst. 2146" auf Kto. 30.000 der  
BKD Duisburg (BLZ 350 601 90).

Schreibt Bücher und anderes Infomaterial  
zum Thema Umwelt (Ökologie, Soziales,  
3. Welt, Gentechnologie, Reisen ...) nicht  
weg. Wir suchen Spenden in Form von Bü-  
chern, Zeitungen, Zeitschriften oder  
Veröffentlichungen aller Art für unsere  
Umweltbibliothek

Verein zur Förderung der  
Kommunikation e.V.  
Röntgenstr. 3  
7850 Lörrach  
Tel.: 07621 / 45314

# NEU

**BÜCHER ZUM THEMA:**
**LATEINAMERIKA 1987**
**NEUERSCHEINUNGEN**

**Der andere Welt  
Buchladen**
**Zülpicher Str. 187  
5000 Köln 41  
Tel: 02 21 - 41 63 25**

## DIE NEUE BÜCHERLISTE LATEIN- AMERIKA

enthält in Fortsetzung unserer ersten Listen (Liste I: bis 1984 erschienene Bücher, Liste II: Neuerscheinungen 1984/85, Liste III: Neuerscheinungen 85/86) auf über 100 Seiten Besprechungen von politischen und literarischen Neuerscheinungen 1986/87.

**Besprochen sind:**

- Sachbücher zur politischen und sozialen Lage in den einzelnen Ländern
- länderübergreifende Bücher
- Werke lateinamerikanischer Schriftsteller
- Auswahl allgemeiner Dritte-Welt-Literatur

Wir verschicken die Bücherliste '87 gegen DM 2,50 in Briefmarken, die letzten drei zusammen gegen DM 6,- (Liste I zur Zeit vergriffen)

## aspekte der brasilienkunde / aspetos de brasilologia

heißt die wissenschaftliche Reihe des Instituts für Brasilienkunde e.V. in Mettingen/ Westfalen. Wichtige Bereiche der brasilianischen Wirklichkeit sollen von unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen beleuchtet werden.

**Band 1:** Gogolok, Erwin: Slums im Nordosten Brasiliens. Favelas als stadtgeographisches Problem. 1980. (vergriffen) ISBN 3-8859-719-5.

**Band 2:** Heidemann, Dieter: Arbeitsteilung und regionale Mobilität an der Peripherie des Weltmarktes. Zur Binnenwanderung in Nordostbrasilien. 361 Seiten mit 11 Karten, 5 Grafiken und 38 Tabellen. 1981. 32,50 DM. ISBN 3-8859-801-9.

**Band 3:** Johannemann, Annelie: Hyperbolisches in der Werbesprache brasilianischer Zeitungen und Zeitschriften. 83 Seiten mit 2 Bildern. 1981. 20,00 DM. ISBN 3-88559-053-0.

**Band 4:** Moltmann, Bernhard: Militär zwischen Politik und Profession. Die brasilianischen Streitkräfte 1880 bis 1910. 273 Seiten. 1981. 29,00 DM. ISBN 3-88559-802-7.

**Band 5:** Barreto, Wanderlei de Paula: Die Rechtsstellung der Slumbewohner im sozialen Miet- und Wohnrecht. 301 Seiten mit 1 Karte. 1981. 29,00 DM. ISBN 3-88559-803-5.

**Band 6:** Thomas, Tobias: Brasilianische Militärherrschaft. 1964-1979. 132 Seiten. 1985. 24,00 DM. ISBN 3-88559-804-3.

**Band 7:** Liehr, Wilfried: Fischer in Brasilien. Schritte zur Selbstbefreiung durch Basisorganisation. Das Beispiel brasilianischer Fischereigenossenschaften. 176 Seiten mit 2 Karten. 1983. 19,80 DM. ISBN 3-88559-805-1.

**Band 8:** Augel, Johannes (Hg.): Leben in Armut. Überlebensstrategien in brasilianischen Elendsvierteln. 196 Seiten. 1985. 28,00 DM. ISBN 3-88559-806-X.

**Band 9:** Wellen, Aloys Ignatz: Indianische Rechte in Brasilien. Die Rechtssituation der Indianer Brasiliens unter besonderer Berücksichtigung ihres Rechtes auf Boden. 190 Seiten mit 5 Karten. 1986. 28,00 DM. ISBN 3-88559-807-8.

**Band 10:** Meister, Elmar: „Profit-Bohnen“. Der Weltmarkt des Kaffees am Beispiel der BRD und ihrer wichtigsten Lieferländer Brasilien, Kolumbien, El Salvador. 217 Seiten. 1986. 28,00 DM. ISBN 3-88559-808-6.

**BEITRÄGE ZU BRASILIEN**

die kleine Reihe zur schnellen, aber gründlichen Information.

**Heft 5:** Lobgesang, Bernd: Kinder und Jugendliche in Nordostbrasilien. 80 Seiten mit 6 Fotos und 1 Karte. 2. Aufl. 1982. 4,00 DM. ISBN 3-88559-901-5.

**Heft 6:** Frei und gleich sind alle Menschen... Allgemeine Erklärung der Menschenrechte in Versform. Deutsch und Portugiesisch. Zur Situation der Menschenrechte in Brasilien. (In Vorbereitung).

Außerdem bieten wir eine breite Palette von Büchern zu den Themen Theologie der Befreiung, Theologie der „Dritten Welt“, Basisgemeinden, Indianer etc.. Bitte fordern Sie unser kostenloses Gesamtverzeichnis an.


**brasilienkunde verlag gmbh**

D-4532 Mettingen Postfach 1220

im Buchhandel oder bei:  
**LATEINAMERIKA NACHRICHTEN - Vertrieb**  
 Gneisenastr. 2  
 1000 Berlin 61

## Noticiero Latinoamericano

Cada semana toda la  
información Latinoamericana



**NOTICIERO LATINOAMERICANO** es un periódico semanal de circulación europea. Un completo panorama de la actualidad noticiosa tanto proveniente del continente como originada en Europa. Suscríbese o adquiera en las principales librerías y kioskos especializados.

PRECIO: DM 1,50.-

Redacción, publicidad y abonos: Gonzalo Ramfrez, Kath.-Eberhard-Str.6, 8013 HAAR-Tel:(089)4603906; y Héctor Barrientos, Ludwigkirchstr.9-A, BERLIN 15 Tel:(030)8819262

## EL PARCIAL

LA INTERNACIONAL SOCIALISTA EN  
CENTROAMERICA:

Crónica de una despedida anunciada  
EL PARCIAL - Heft 21 (April 1987)

148 Seiten, davon 108 Seiten Pressedokumentation, überwiegend auf Spanisch, wobei vor allem Publikationen aus Mexiko und Mittelamerika berücksichtigt wurden.

Außerdem: Aufsatz von G. Selser, "Internacional Socialista. Contradicciones e incoherencias de su presencia en América Latina y el Caribe" (25 Seiten).

Bestellungen an: Doris Hermes, Kielortallee 4, 2000 Hamburg 13, gegen Überweisung von DM 13,- an "El Parcial", Doris Hermes, Konto-Nr. 636 47-205, PSchA Hamburg.

UNA DOCUMENTACION DE PRENSA

Abril de 1987

21